

Kommission
Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe
gemäß § 3 Standortauswahlgesetz

Ad-hoc-Gruppe Grundlagen und Leitbild

Wortprotokoll der 11. Sitzung

Ad-hoc-Gruppe Grundlagen und Leitbild

Berlin, den 13. Mai 2016, 9:00 Uhr
11011 Berlin, Konrad-Adenauer-Str. 1,
Paul-Löbe-Haus, Raum 1.501

Vorsitz:

Michael Müller

Tagesordnung

Tagesordnungspunkt 1 **Seite 4**

Begrüßung

Tagesordnungspunkt 2 **Seite 4**

Anmerkungen zur Tagesordnung

Tagesordnungspunkt 3 **Seite 4**

Erste Beratung des Entwurfs des Berichtskapitels
B 10 „Technikbewertung und Technikgestaltung“
(K-Drs. / AG4-30)

Tagesordnungspunkt 4 **Seite 8**

Zweite und dritte Beratung des Entwurfs des Abschnitts B 3
„Das Prinzip Verantwortung“ einschließlich des Abschnitts
B 3.8 „Schlussfolgerungen für Politik und Gesellschaft“
(vormals: „Empfehlungen an die Politik“)

Tagesordnungspunkt 5 **Seite 13**

Zweite Beratung des Entwurfs des Abschnitts
B 4.2.4 „Erkundungsbergwerk Gorleben“

Tagesordnungspunkt 6 **Seite 13**

Beratung von Änderungen der Berichtsteile 2.1.4 und 2.1.5
(Abschnitte aus „Geschichte der Kernenergie“)

Tagesordnungspunkt 7 **Seite 31**

Verschiedenes
Terminplanung

Teilnehmer:

Michael Müller (Vorsitz)
Jürgen Voges (Geschäftsstelle)

Abg. Steffen Kanitz
Abg. Sylvia Kotting-Uhl
Abg. Hiltrud Lotze
Min Stefan Wenzel
MR Peter Hart (BMUB)
Erhard Ott
Klaus Brunsmeier
Ralf Meister
Prof. Dr. Armin Grunwald

(Beginn der Sitzung: 9:05 Uhr)

Tagesordnungspunkt 1 **Begrüßung**

Vorsitzender Michael Müller: So, wir haben jetzt fünf nach neun. Da können wir anfangen. Ich begrüße Sie sehr herzlich hier zu unserer elften Sitzung.

Tagesordnungspunkt 2 **Anmerkungen zur Tagesordnung**

Die Tagesordnung ist verschickt. Ich frage, ob es dazu Anmerkungen gibt.
Ich sehe, das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zum Tagesordnungspunkt drei.

Tagesordnungspunkt 3 **Erste Beratung des Entwurfs des Berichtskapitels B 10 „Technikbewertung und Technikgestaltung“** **(K-Drs. / AG4-30)**

Vorsitzender Michael Müller: Das ist die Kommissionsdrucksache zu „Technikbewertung und Technikgestaltung“.

Wir haben in der Zwischenzeit - Herr Grunwald, Herr Sailer und ich - diesen Text abgestimmt und schlagen ihn in der jetzt vorliegenden Fassung vor. Da sind im Vergleich zur letzten ja hinten dann noch die „Schlussfolgerungen“, wie wir das genannt haben - nicht mehr „Empfehlungen“, unter Hinweis und auf Anregung hier aus der Gruppe. Und ich stelle es einfach zur Diskussion. Gibt es dazu Wortmeldungen? Ja?

Abg. Steffen Kanitz: Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Also, dann mache ich mal den Anfang. Es

geht mir um die Schlussfolgerungen, nicht um den Text an sich. Dazu wäre auch viel zu sagen, aber das will ich mal angesichts der Zeit sein lassen.

Es geht um die Schlussfolgerungen auf Seite zehn und Seite elf: „Schlussfolgerungen in Politik und Gesellschaft“.

Bei aller Wertschätzung für das TAB: Für Herrn Grunwald persönlich und das TAB auch selbst ist es und war es nicht Bestandteil der Kommission, uns mit der Frage zu beschäftigen, ob das TAB hinreichend finanziell und organisatorisch ausgestattet ist und ob wir als Kommission uns dafür aussprechen, dass es besser ausgestattet ist – zum einen. Zum anderen, dass eine... Dem Deutschen Bundestag, sozusagen, zu empfehlen/vorzuschreiben, wie auch immer, regt an, so steht es hier drin, dass eine jährliche

„...Schwerpunktdebatte über die Anforderungen und Folgen der Wissenschaftsgesellschaft stattfindet.“

- würde ich hier als Schlussfolgerung weglassen. Das wäre auf Seite zehn, im unteren Teil der letzte Absatz, der zweite Satz. Genauso haben wir auf der Seite elf den letzten Absatz:

„Die Kommission bittet den Deutschen Bundestag zu prüfen, ob dem TAB ausreichend die personellen und finanziellen Mittel zur Verfügung stehen. Es sind Investitionen in die Zukunft, die hohe Folgekosten vermeiden können.“

Diesen Punkt haben wir in unterschiedlichen Texten in unterschiedlicher Art und Weise drin stehen, also: „Einmal ist zu prüfen...“, dann sagen wir: „Wir empfehlen...“, „Das ist unterschiedlich...“ Ich würde es aber ganz rauslassen. Ich bin also nicht dafür, dass wir hier reinschreiben als Empfehlung der Kommission, dass wir das TAB organisatorisch besser ausstatten. Das mag eine Nachfolgekommission entscheiden, aber ich würde das an der Stelle gerne rauslassen wollen. Also, Seite elf, letzter Absatz und Seite

zehn, vorletzter bis letzter Absatz. Einmal ging es um das Thema „*Wissensgesellschaft*“ und einmal um die Frage TAB an sich.

Vorsitzender Michael Müller: Gibt es dazu weitere Wortmeldungen? Stefan Wenzel.

Min Stefan Wenzel: Gibt es denn alternative Formulierungen? Man könnte ja zum Beispiel sagen:

„Die Kommission bittet den Deutschen Bundestag zu prüfen, wie das TAB gestärkt werden kann.“

Weil, letztlich ist ja, sage ich mal, das Fazit beschäftigt sich mit der Frage: Wie kann man eigentlich früher erkennen, oder wie kann man früher externe Kosten, Folgekosten schätzen, Risiken analysieren, um nicht hinterher die Folgekosten zahlen zu müssen?

Und das TAB ist natürlich ein Instrument, was ja durchaus Renommee genießt. Jedenfalls ist es selten Gegenstand kritischer Debatten gewesen.

Abg. Steffen Kanitz: Was unbestritten ist - das würde ich auch so sehen, dass das TAB eine renommierte Institution ist. Es geht mir jetzt so ein bisschen um die Frage „*Empfehlungen an die Politik*“. Die Bundestagskollegen lesen das, die Bundesratskollegen lesen das und fragen: Was war nochmal Aufgabe der Kommission? Naja, es ging um die Frage „Standortauswahlverfahren“, es ging um die Frage „aus Fehlern der Vergangenheit lernen“, es geht um Kriterien, es geht um Öffentlichkeitsbeteiligung, es geht um Evaluierung des Gesetzes. Und wie kommt Ihr denn jetzt eigentlich auf das TAB? Gibt es nicht eigentlich auch eine andere Institution? Müssen wir, sozusagen, da jetzt reinschreiben, dass wir das TAB stärken wollen und dass das, sozusagen, ein Ergebnis der Kommission ist. Das ist bisher nicht Ergebnis der Kommission. Das ist möglicherweise hier diskutiert worden in der Arbeitsgruppe, aber es ist sicherlich nicht... Es trifft jedenfalls nicht meine Zustimmung. Deswegen wäre mein Vorschlag, es rauszulassen. Ich wäre

schon auch einverstanden mit dem Satz, der davor auf Seite elf in dem mittleren Absatz, oder vorletzten Absatz, kommt:

„Es wäre gut, wenn den Arbeiten des TAB mehr Zeit und Aufmerksamkeit eingeräumt werden.“

Das ist ja die Grundsatzkritik, Herr Müller, die Sie ja auch haben. Damit bin ich im Grundsatz einverstanden. Aber jetzt wiederum einen weiteren Prüfauftrag an den Bundestag auszulösen, ob und inwiefern das TAB ausreichend finanziell und organisatorisch ausgestattet ist, das finde ich ein bisschen weitgehend. Und weiß auch, ehrlich gesagt, nicht, ob das die Praxis trifft. Also, ich habe das von Herrn Grunwald bisher noch nicht gehört, dass das TAB nicht hinreichend personell und finanziell und organisatorisch ausgestattet wäre. Klar, wenn man weiter fragt, wird jeder wahrscheinlich immer sagen: Gib mal mehr – ist besser. Aber ich würde sozusagen den politischen Impuls: Lasst uns das TAB ernst nehmen in der Debatte! – den würde ich unterstützen. Aber einen Prüfauftrag an den Bundestag gleich daraus zu machen, finde ich ein bisschen zu weit gegriffen.

Vorsitzender Michael Müller: Weitere Wortmeldungen? Ja.

Min Stefan Wenzel: Ja, ich möchte nur nochmal ein Zitat nennen, weil wir sicher gleich nochmal drauf kommen, wenn wir den nächsten Abschnitt diskutieren. Da wollte ich das eigentlich erwähnen. Wir hatten ja seinerzeit mit der Bundesregierung eine Vereinbarung getroffen mit Herrn Altmaier, wie praktisch die Grundlage der Arbeit der Kommission sein soll und welche Fragestellungen dort behandelt werden sollen. Und dort hieß es:

Der Einsetzungsbeschluss solle umfassend formuliert sein und neben spezifischen Mindestanforderungen, Ausschlusskriterien und Abwägungskriterien insbesondere die Erörterung strittiger gesellschaftspolitischer und

wissenschaftlich-technischer Fragen umfassen.

Und dabei kam also an erster Stelle auch die Analyse der Defizite vergangener gesellschaftlicher Verfahren zur Auswahl eines Endlagers, aber beispielsweise auch Festlegungen von Kriterien zur Sicherstellung der Wissenschaftsfreiheit und Wissenschaftsverantwortung in allen Phasen des Suchprozesses. Also das war ja, was Herr Altmaier damals stellvertretend für die Bundesregierung unterschrieben hat und auch öffentlich vorgestellt hat.

Abg. Steffen Kanitz: Aber das hat doch nichts damit zu tun.

Min Stefan Wenzel: Nö, aber ich... Sagen wir mal, das TAB... Man könnte jetzt auch... Deswegen hatte ich eben nach Alternativen gefragt. Gibt es eine bessere Institution oder gibt es ein besseres Verfahren, wie man praktisch zu reflexiven Betrachtungen gesellschaftlicher Prozesse kommt? Da kann man sich ja sicher einiges vorstellen.

Vorsitzender Michael Müller: Also, ich sehe, wenn man, sozusagen, versuchen will, Befriedigung in komplexen technologischen Prozessen herbeizuführen, einerseits, und andererseits frühzeitig gestalterisch einzuwirken, dass man vielleicht den Schlusssatz so formuliert:

„Die Kommission bittet die Politik zu überlegen, ob das TAB oder vergleichbare Institutionen gestärkt werden können. Es wären Investitionen in eine Zukunft.“

Dann ist das nicht alleine auf das TAB bezogen. Ich kenne zwar im Augenblick keine andere, die die Bundesregierung bearbeitet, aber trotzdem!

Was war mit der anderen Anmerkung?

Abg. Steffen Kanitz: Da ging es um die Seite zehn, letzter Absatz:

„Die Kommission regt an, dass einmal jährlich im Deutschen Bundestag eine Schwerpunktdebatte über die Anforderungen und Folgen der Wissenschaftsgesellschaft stattfindet.“

Vorsitzender Michael Müller: Wissenschaftsgesellschaft - das ist ja sozusagen das, was die Forschungsgremien DFG und andere empfohlen haben. Das wird hier nur aufgegriffen, um langfristig besser, ja, aus der Kurzfristigkeit heraus zu einer gestaltenden Politik zu kommen, die eben vorausschauend ist. Ich halte das nach wie vor für richtig. Ich fände das hochspannend, wenn die Politik das machen würde, denn ich fand alle Debatten im Bundestag, wo, sozusagen, so offene Themen behandelt wurden, immer die besten.

Darf ich dazu noch um Wortmeldungen bitten?

Die Wissenschaftsgesellschaft ist ja ein fester Begriff von....

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Wissensgesellschaft!

Vorsitzender Michael Müller: Wissenschaftsgesellschaft!

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Aber das ist falsch.

Vorsitzender Michael Müller: Nein, das ist der Originalbegriff von Rolf Kreibich, der eingeführt wurde in die DFG und die VDW. Wissenschaftsgesellschaft, so ein dicker Schinken. Ich will jetzt den hier nicht zitieren. Wissenschaftsgesellschaft, das ist der entscheidende Punkt.

Abg. Hiltrud Lotze: Ich finde, das ist ein sehr guter Vorschlag.

Vorsitzender Michael Müller: Die anderen? Erhard?

Erhard Ott: Ich kann damit leben. Ich finde das richtig, gerade wenn ich mir angucke, welche Probleme wir derzeit mit bestimmten techni-

schen Entwicklungen haben und den Folgewirkungen, aktuelle Skandale miteingeschlossen, finde ich das richtig, dass der Bundestag sich regelmäßig mindestens einmal im Jahr damit beschäftigt. Insofern kann ich mit dem Satz gut leben. Und bei der Umformulierung des letzten Absatzes finde ich, ist das Anliegen deutlich geworden. Und insofern sollte das auch so mit der Umformulierung...

Vorsitzender Michael Müller: Das war ein Vorschlag von Grunwald, möchte ich nur sagen. Ja?

Min Stefan Wenzel: Ich kann da auch mit leben.

Abg. Steffen Kanitz: Also, es ist eine Empfehlung an den Bundestag, ob er es dann macht oder nicht... Ich halte es für falsch. Das habe ich gerade zum Ausdruck gebracht, weil ich Debatten bisher immer so und dann als fruchtbar erachtet habe, wenn wir an einem Thema diskutiert haben. Und nicht, sozusagen, breit und jetzt sagen wir mal insgesamt

Vorsitzender Michael Müller: Das kann man ja festlegen. Man kann ja dabei immer ein Schwerpunktthema festlegen, das ist ja kein Problem.

Abg. Steffen Kanitz: Das wäre dann, sozusagen, die Voraussetzung. Aber normal, da ist der Bundestag ja frei darin zu entscheiden, wie er das ausgestaltet. Von daher ist das jetzt für mich leidenschaftslos. Also, können wir machen.

Vorsitzender Michael Müller: Man kann das ja ergänzen. Dann von mir aus:

„...eine Debatte zu einem jeweiligen Schwerpunktthema...“

Abg. Steffen Kanitz: Ist okay, lassen wir es ruhig so stehen.

Vorsitzender Michael Müller: Ne, ne, dann machen wir das:

„...eine Debatte über ein jeweiliges Schwerpunktthema über die Anforderungen...festzulegen.“

So, gibt es weitere Anmerkungen zu dem Papier? Weitere Anmerkungen/Hinweise? Dann können wir das so nehmen, ja? Schließe ich das jetzt ab? Okay?

Aber bitte Mikrofon!

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Ich komme jetzt ein bisschen hinterher, aber ich hatte dauernd den alten Texten und hatte immer Mühe zu suchen, wo wir eigentlich..., um welchen Satz es sich gerade dreht. Dieser allerletzte Satz, der ist jetzt geändert worden, ja? Da kommen jetzt - die Folgekosten sind jetzt gestrichen.

„Es sind Investitionen in die Zukunft, die hohe Folgekosten vermeiden können.“

Das bleibt so?

Vorsitzender Michael Müller: Ja, das ist geblieben.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Dann ist gut. Ich hatte jetzt befürchtet...

Vorsitzender Michael Müller: Nein, nein. Es ist nur davor der Satz verändert worden. Und jetzt statt „sind“ „wären“:

„Es wären Investitionen...“

Gut.

Dann bin ich damit durch, ja? Alles klar.

Tagesordnungspunkt 4
Zweite und dritte Beratung des Entwurfs des Abschnitts B 3 „Das Prinzip Verantwortung“ einschließlich des Abschnitts B 3.8 „Schlussfolgerungen für Politik und Gesellschaft“ (vormals: „Empfehlungen an die Politik“)
(K-Drs. / AG4-28)

Vorsitzender Michael Müller: Dann kommen wir zu dem Tagesordnungspunkt vier und da geht es in erster Linie um den Teil 3.8. Wir können aber natürlich auch das ganze Papier nochmal aufrufen. Aber es ist jetzt von Herrn Grunwald und von mir der Teil 3.8 überarbeitet worden. 3.8, in dem Papier... Wie heißt das jetzt? K-Drs. / AG4-28.
Darf ich um Wortmeldungen bitten? Ja.

Abg. Steffen Kanitz: Ich mache gerne den Anfang. Also, ich habe mir den gesamten Text jetzt nochmal durchgelesen. Also, ich stelle fest - einfach jetzt ohne Schaum vor dem Mund -, ich stelle fest: Wir haben ein **völlig** unterschiedliches Verständnis von Technik – meine Fraktion und vielleicht ein Teil der restlichen Kommission. Und sie sehen das völlig anders als Sie in der Frage: „Fortschritt“ und „Was kann Technik dazu beitragen?“. Das will ich aber mal außen vor lassen. Also, das ist sozusagen OK. Da kann man ja unterschiedlicher Auffassung sein. Was ich aber in der Tat als Problem nach wie vor sehe: Also ich wünsche diesem Bericht, dass er eine möglichst hohe Aufmerksamkeit bekommt – dem gesamten Bericht. Und zu einer gewissen Aufmerksamkeit gehört normal das Thema Lesbarkeit und Verständlichkeit. Und, ich finde, da sind einfach - ich weiß auch nicht, wie wir das sozusagen lösen sollen, dieses Dilemma -, da sind Passagen drin, die sind einfach nicht... Also, wenn ich die jemandem vorlege, dann sagt der: Das ist einfach nicht nachvollziehbar. Also auf Seite acht, beispielsweise, letzter Absatz, vor dem Punkt 3.2. Wenn man sich diesen Absatz durchliest:

„Für den Philosophen Karl-Otto Apel muss das Prinzip Verantwortung mit der ‚Forderung

nach einer diskursiv zu organisierenden solidarischen Verantwortung der Menschheit für ihre kollektiven Handlungen‘ verbunden werden. Der Anspruch einer solidarisch-kollektiven Handlungsfähigkeit erfordert die ‚Verknüpfung des Imperativs der Bewahrung des Daseins und der Würde des Menschen mit dem sozialemanzipativen Imperativ des uns aufgegebenen Fortschritts in der Verwirklichung der Humanität‘.“

Also, bei aller Liebe, aber... Das mögen alles Zitate sein, die auch logisch und richtig sind, die nicht meinem philosophischen Verständnis entsprechen, die möglicherweise Ihrem entsprechen, Herr Müller, das ist ja auch in Ordnung. Aber der Lesbarkeit dieses Berichts wird es natürlich überhaupt nicht helfen. Also ich glaube, wir machen uns damit lächerlich, um es mal ganz vorsichtig zu sagen. Nicht in allen Teilen, aber in den Teilen, wo wir sagen: Wir wollen da vielleicht auch jemanden erwischen über einen philosophisch/ethischen Diskurs hinaus; Menschen erreichen, die verstehen, warum wir uns mit dem Thema Ausstieg aus der Kernenergie, Endlagerung beschäftigen, warum wir eine Verantwortung haben. Aber das ist eine persönliche Meinung. Ich habe da jetzt keinen anderen Vorschlag, sondern wollte das einfach nur mal sagen, weil ich bei den ganzen Texten, wie viele wahrscheinlich auch, sich jetzt im Einzelnen nochmal die Zeit nehmen, einzelne Dinge und Sachverhalte sich anzugucken.

Sie haben explizit gebeten um einen Hinweis zu 3.8. Vielen Dank, dass Sie da nochmal gemeinsam mit Herrn Grunwald dran gegangen sind. Da geht es um die „*Schlussfolgerungen für Politik und Gesellschaft*“.

Ja, also, ich sage mal so: Die „*Schlussfolgerungen für Politik und Gesellschaft*“ in Bezug auf den Umgang mit der Kernkraft und in Bezug auf den Umgang mit der Endlagersuche insbesondere, da bin ich einer Auffassung mit Ihnen und denke, da sollten wir in der Tat, was die Frage der Beteiligung und der Demokratie - zum Beispiel 3.3 -

anbelangt, Schwerpunkte setzen. Ich bin auch bereit, über das TAB nochmal an der Stelle zu sprechen – „3.8.4. Beratung über die Folgen von Technik“, wobei ich dann einfach bitten würde, der Konsistenz halber, dass wir, sozusagen, den Passus übernehmen, wie wir das vorhin gemacht haben - zum TAB auf der letzten Seite 23. Da müssen wir jetzt einfach, finde ich, eine einheitliche Empfehlung dann reinbringen. Also, da steht jetzt sozusagen drin: „Die Kommission empfiehlt, das TAB zu stärken.“. Dass wir vielleicht einen einheitlichen Duktus reinbekommen. Womit ich aber, und das ist also wirklich da der einzige Punkt, **nicht** einverstanden bin, ist der „ganzheitliche Fortschrittsindikator“ – 3.8.2. Bei aller Notwendigkeit, darüber zu diskutieren in der Politik, das finde ich richtig, bin ich aber nicht bereit, sozusagen, jetzt durch die Hintertür den Vorschlag einer Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages, die es schon gegeben hat, über die Sie, Herr Müller, sich ja auch ärgern, dass sie nicht umgesetzt werden, was ich auch wiederum verstehe. Aber da jetzt, sozusagen, die Endlagerkommission dafür zu nutzen, diesen neuen Wohlfahrtsindikatorenansatz hier reinzubringen. Das ist aus meiner Sicht, nochmal, nicht Aufgabe der Kommission. Das würde ich auch ablehnen. Die anderen Punkte „3.8.3 Beteiligung und Demokratie“, „3.8.4 Beratung über die Folgen von Technik“, damit wäre ich sehr einverstanden. Sowie auch mit „3.8.1 Der Umgang mit Veränderung der Zeitstrukturen“. Bei allen Bauchschmerzen, die ich gerade, sozusagen, einmal nur allgemein geschildert habe, aber... Da müssen wir uns ja aufeinander zubewegen, das ist ja OK. Aber bei diesem Punkt, der Frage Wohlfahrtsindikatorenansatz, da finde ich, das gehört nicht in die Kommission. Das kann auch nicht Schlussfolgerung für die Politik sein.

Vorsitzender Michael Müller: Weitere Wortmeldungen? Ja.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Also, wir haben uns ja gerade in dieser AG schon die Aufgabe gestellt, auch das Umfeld unserer eigentlichen Aufgabe

zu betrachten. Ich gehe ja völlig mit Ihnen konform, Herr Kanitz, dass die eigentliche Aufgabe, die im StandAG festgelegt ist, ganz klar benannt ist. Dafür gibt es die drei großen AGen, die sich damit befassen. Und hier in dieser AG Leitbild, so habe ich sie zumindest immer verstanden, ging es darum, das gesellschaftliche Umfeld festzuhalten - die Geschichte, was ist derzeit und was empfehlen wir für die Zukunft? Und deswegen müssen wir über die drei Kernaufgaben an der Stelle schon ein bisschen rausschauen. Es ist ja auch... Ich meine, die Geschichte der Atomkraft, dass wir jetzt uns mit diesem Atom Müll befassen müssen usw., ist ja auch nicht im luftleeren Raum entstanden, sondern es hatte ja etwas damit zu tun, dass man eine bestimmte Vorstellung hatte, dass Technik alles lösen kann usw. Wovon wir heute alle wissen, dass es nicht stimmt. Und diese... Ich meine, das Leiden, was jetzt Herr Müller da hat, dass diese Enquete-Empfehlungen nicht umgesetzt werden, das haben schon viele. Weil Enquetes sind immer supertoll und bringen in großer Gemeinsamkeit im Konsens dann Ergebnisse hervor, wo alle JA sagen und dann wandern sie in die Schublade. Und da jetzt nochmal an der Stelle drauf hinzuweisen, dass man da ja gar nicht das Rad neu erfinden muss, sondern dass der Bundestag dazu schon gearbeitet hat. Man kann es in der Formulierung vielleicht ein bisschen abschwächen. Also nicht, dass wir... Ich meine „bitten“ ist schon sehr zart, aber man könnte auch sagen, dass wir es für „angemessen“ hielten oder für „zielführend“ oder für „hilfreich“. Also, dass wir den Bundestag gar nicht ansprechen, sondern indirekt nur nochmal sagen, das sollte vielleicht umgesetzt werden. Aber es gehört schon in den Gesamtzusammenhang dazu. Und ich meine, der Bundestag - das will ich an der Stelle auch mal sagen - leidet schon darunter, dass wir immer nacharbeiten eigentlich, also selten wirklich vorausschauend sagen: Was ist eigentlich für die nächsten 20 oder 50 Jahre notwendig? Was muss man heute auf den Weg bringen? Sondern wir sind immer eigentlich im Nachklapp bestimmten Entwicklungen hinterher. Ich glaube auch nicht, dass wir es anders hinkriegen in einer überschaubaren Zeit.

Aber mal darauf hinzuweisen, was da helfen würde, um mal grundsätzlich politische Arbeit und gesellschaftliche Entwicklungen auch vorausschauend zu leiten, das, finde ich, gehört schon ins Umfeld dieser Kommission dazu. Also sonst hätten wir diese AG ja auch nicht gebraucht, hier.

Vorsitzender Michael Müller: Ich möchte nur darauf hinweisen, dass bei diesem Text ich mich auch zum Teil abgestimmt habe mit dem Kollegen Matthias Zimmer aus der CDU-Fraktion, mit dem ich in der Vergangenheit des häufigeren Papiere zum geistesgeschichtlichen Hintergrund heutiger Politik gemacht habe. Ich bleibe auch dabei, dass es der Politik nicht schadet, ihre Position auch ethisch-politisch zu begründen, ethisch-kulturell zu begründen.

Ich will noch ganz gerne mal auf diese Frage mit Karl-Otto Apel eingehen. Das ist einer der Grundstreitpunkte heute in der Philosophie, ob bei der notwendigen Zukunftsethik die Konsequenz heißen muss: Die Menschheit muss die Idee des Fortschritts aufgeben oder nicht. Hans Jonas plädiert dafür, die Menschheit müsse die Idee des Fortschritts aufgeben, weil sonst wäre die Erde nicht zu schützen.

Abg. Steffen Kanitz: Das halte ich für falsch.

Vorsitzender Michael Müller: Ja, aber Entschuldigung, aber genau das steht ja hier. Dagegen wird ja zitiert Karl-Otto Apel, der übrigens zusammen auch mit Habermas und anderen sehr deutlich macht: Gerade **in einer Zukunftsethik** darf die Idee des Fortschritts **nicht** aufgegeben werden. Und das spricht das Papier hier an. Und ich halte das für berechtigt – für eine der zentralen Fragen sogar. Da kann man sich drüber streiten, ob Apel das nun zu kompliziert ausdrückt - das ist so. Na gut, also meine Erfahrung ist, dass nicht unbedingt die schlanksten und medial aufbereiteten Texte die größte Wirkung haben, sondern meistens die, die die meiste Substanz liefern. Also, da bin ich auch etwas anderer Meinung. Aber darüber kann man sich ja streiten. Ich

halte das für notwendig zu sagen, dass diese Kommission die Idee des Fortschritts nicht aufgeben will. Das ist ein Unterschied.

Natürlich muss der Fortschritt in der Zukunft anders aussehen als heute, aber aufgeben will ich das nicht. Und das wird hier gesagt.

Gut, ich hätte aber einen Vorschlag zu dem Punkt da hinten: Ich würde vorschlagen, dass man sagt, also wir beschreiben, dass, um eine Zukunftsethik zu bestimmen, man auch einen Fortschrittsindikator braucht. Das schreibt man alles runter. Man nimmt die Enquete-Kommission von mir aus raus und schreibt am Ende:

„Der Bundestag hat ja selbst mit seiner Enquete-Kommission dafür erste Empfehlungen gemacht.“

Dann ist da alles drin, es ist nur anders formuliert. Also, dass man den ganzen Teil, dass es notwendig ist, zu einem ganzheitlichen Fortschrittsindikator zu kommen. Ich meine, die ganze Debatte in **allen** Fraktionen ist eine Debatte, die sagt, dass das BIP viel zu eng ist, um, sozusagen, den Zustand, den Wohlstand, den Fortschritt einer Gesellschaft zu beschreiben. Das sagen alle. Nur es gibt keine Konsequenzen. Und wir sagen hier: Gerade aus der Erfahrung der Atomenergie ist es wichtig, einen solchen Fortschrittsindikator zu haben. Also, wir schreiben das auf und sagen am Ende: Im Übrigen hat ja auch der Bundestag mit seiner Enquete-Kommission und ihren Empfehlungen dafür Grundlagen geschaffen, die man vielleicht nochmal prüfen oder aufgreifen kann oder wie auch immer.

Ja?

Abg. Hiltrud Lotze: Ich finde es durchaus richtig, an dieser Stelle - gerade bei diesem Thema ist es ja hier in den anderen Beiträgen schon angeklungen -, einfach mal dieses Signal zu setzen und quasi einen Markstein zu setzen, wo der, der sich angesprochen fühlt, innehält und sagt: Ja, das stimmt. Wir müssen vielleicht unsere Arbeit auf andere Grundlagen stellen. Und diejenigen, die

den Text dann so lesen wie Sie, Herr Kanitz – Sie gehen darüber hinweg und sagen...

Abg. Steffen Kanitz: Das wäre schön, wenn es das gäbe. Das glaube ich nur nicht. (Heiterkeit)

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Das ist ja der Teil B.

Abg. Steffen Kanitz: Ach so... (Heiterkeit)

Abg. Hiltrud Lotze: Nein, es schadet überhaupt nicht, ganz im Gegenteil. Ich finde es richtig an einer Stelle - und hier ist es geeignet - einfach mal ein Signal zu setzen und zu sagen: Halt Leute, an dieser schwierigen Thematik müssen wir doch mal verstehen, man kann es auch anders machen. Lasst uns doch mal drüber nachdenken.

Insofern mit der vorgeschlagenen, eben etwas modifizierten Formulierung, kann ich gut leben. Sie findet meine Zustimmung.

Vorsitzender Michael Müller: Erhard Ott.

Erhard Ott: Also, ich will ausdrücklich für mich nochmal festhalten: Ich konnte mit dem ursprünglichen Text gut leben, weil ich glaube, dass es da in der Tat Defizite gibt, was so die Haltung zum Fortschritt betrifft und wie langfristig auch politische Ansätze verfolgt werden. Aber ich kann mit der Änderung gut, auch genauso gut, leben. Also, wenn das ein Stück weit abgeschwächt wird.

Bezogen auf den letzten Absatz auf der Seite 23, der inhaltlich ja so weit, wenn er angepasst wird, wäre das trotzdem eine Dopplung. Vielleicht kann man den auch hier schlicht und einfach rausnehmen, weil er an anderer Stelle schon steht.

Vorsitzender Michael Müller: Ja, wir machen einen Hinweis auf das andere Kapitel stärker. OK, Stefan Wenzel.

Min Stefan Wenzel: Sagen wir mal so: Wenn man sich vor diesen Herausforderungen, vor denen wir insgesamt global stehen, dann glaube ich,

dass Fortschritt und die Wissenschaft einen ganz entscheidenden Beitrag zugunsten... Wenn wir jetzt über Energiewende als Beispiel sprechen, dann wird das nur funktionieren, wenn wir, sozusagen, technologisch immer auf dem neuesten Stand sind - ein Beispiel, gilt für viele andere Sektoren.

Aber bei der Frage, wenn man jetzt einen EU-Haushalt oder einen Bundeshaushalt oder einen Länderhaushalt sieht, und sich fragt: Wieviel investiere ich in den Sektor, in den Sektor, in den Sektor? Dann war es halt in der Vergangenheit so, dass man eher betriebswirtschaftlich geguckt hat: Wo ist der „return on investment“ am höchsten? Und hat halt, sozusagen, die anderen Faktoren: den gesellschaftlichen Wohlstand als Ganzes, die natürlichen Lebensgrundlagen, soziale Fragen, das klassische Dreieck der Nachhaltigkeit – also Ökonomie, Ökologie und die sozialen Aspekte -, hat man in der Frühzeit der Bundesrepublik nicht beachtet.

Abg. Steffen Kanitz: „Frühzeit“ – das ist heute anders.

Min Stefan Wenzel: Im Grunde sagt dieser Indikatorenansatz jetzt: Nur dann ist gesellschaftlicher Wohlstand möglich, wenn ich diesen breiteren Blick habe und nicht nur den fokussierten, betriebswirtschaftlichen.

Wie man das jetzt im Detail formuliert, ist für mich nicht so entscheidend.

Vorsitzender Michael Müller: Das können wir umformulieren.

Abg. Steffen Kanitz: Die Formulierung, die Herr Müller vorgeschlagen hat, war doch in Ordnung.

Vorsitzender Michael Müller: Ich möchte noch etwas zum Technikverständnis sagen. Also, seit der Tagung der Deutschen Gesellschaft für Sozialwissenschaften (hieß es damals), besteht eigentlich kein Streit mehr darüber – der Anstoß kam damals von Prof. Burkart Lutz, der ja leider vor zwei Jahren verstorben ist –, dass Technik ein sozialbestimmter Prozess ist. Das ist ein Begriff, der

von Peter Weingart entwickelt wurde, Peter Weingart von der Uni Bielefeld, und der von allen übernommen wurde, sogar vom VDI und vom DIN - also nicht nur von den Sozialwissenschaftlern. Und es ist eigentlich heute unbestritten, dass man Technik auch bestimmen muss nicht nur von den technologischen Fähigkeiten, sondern zugleich von der sozialen Akzeptanz und den kulturellen Werten einer Gesellschaft. Und dies greifen wir hier auf. Ich finde, dass das auch nichts unbedingt im Kern Neues ist, es ist nur nochmal eine Zusammenfassung der Technikdebatte, wie sie heute überall geführt wird. Ich will nur darauf hinweisen, wir sind, beispielsweise, im Augenblick ja auch beim DIN dabei, eine entsprechende Wertstellung zu machen. Und auch der VDI hat in seiner Arbeitsgruppe, die von Günter Robol geleitet wird, genau diesen Technikbegriff entwickelt. Also eigentlich ist er in der Fachdebatte heute unumstritten. Ich wollte das nur sagen. Das ist übrigens auch ein weitreichender Prozess. Wir haben beispielsweise mal die etwa 5400 VDI-Normen ausgewertet. Und das Ergebnis war, dass in der Vergangenheit fast alle Werte rein auf Sicherheit und Funktionalität ausgerichtet waren. Und seit der Veränderung im Technikverständnis werden heute auch bestimmte neue Aspekte einbezogen, wie beispielsweise Effizienzsteigerung, Umweltverträglichkeit usw. Also, beispielsweise das DIN macht heute sogar Normen zur Nachhaltigkeit, also ein ganz anderes Technikverständnis als noch vor 30 Jahren da war. Ich will das nur sagen. So, damit man nicht hier meint, das wäre, sozusagen, etwas Willkürliches meiner Position, sondern das entspricht schon der Debatte.

Abg. Steffen Kanitz: Herr Müller, das reizt mich dann jetzt doch.

Vorsitzender Michael Müller: Ja, das würde mich jetzt sehr interessieren.

Abg. Steffen Kanitz: Zum einen sind wir ja glücklicherweise im Denken frei in Deutschland. Also ganz unabhängig von der Fachdebatte, die ja von

dem einen Fachmann auch mal so, von dem anderen aber so geführt wird, habe ich ja die Möglichkeit trotzdem eine...

Vorsitzender Michael Müller: Mikro.

Abg. Steffen Kanitz: So, das ist sozusagen der eine Punkt.

Der zweite Punkt: Es geht mir gar nicht so sehr um die Frage, was man sagt. Ich glaube, da sind wir relativ schnell bei einer einheitlichen Auffassung, Herr Wenzel, auch wie Sie es gerade beschrieben haben: In der Konsequenz, sozusagen, wir müssen in längerfristigen Linien denken; wir müssen auch weg nur vom BIP. Da bin ich auch relativ schnell d'accord. Sondern es geht um die Frage, auch **wie** man es sagt. Und da sind mir große Teile des Textes zum einen zu philosophisch, das habe ich gesagt, aber da kann man unterschiedlicher Auffassung zu sein, Herr Müller – in Sachen, sozusagen, Tiefgang und gewinnt es da nicht trotzdem eine größere Bedeutung? Aber, dass **WIE** man es sagt, atmet für mich, wenn ich die ganzen Seiten zusammen lese, ein sehr technisch-skeptisches Bewusstsein. Und da bin ich einfach anderer Auffassung. Sie sagen, das sehen Sie überhaupt nicht so. Aber für mich liest es sich so. Ich will da keine Grundsatzdebatte aufmachen, weil ich jetzt im Grundsatz finde: Wir haben lange über das Thema diskutiert. Wir sind uns im Kern einig. Die Frage, was man tun müsste, wie man es sagt, da sind wir vielleicht unterschiedlicher Auffassung. Aber da will ich jetzt kein Fass aufmachen, sondern würde sagen: Wir haben jetzt lange darüber diskutiert – es wird dann meine Aufgabe sein, das bei meinen Leuten so zu verpflanzen, dass die sagen: Ja, das eine ist, sozusagen, der Kern, den wir verstehen. Das andere ist das, wie es gesagt wurde, da gehen wir vielleicht mit. Aber das soll nicht Ihre Sorge sein, das ist dann meine. Aber mein Wunsch oder mein Punkt war nochmal zu sagen: Nur weil es eine Diskussion gibt unter einer Fachwelt... Ich meine, wir werden ja gleich noch über den einen oder anderen Standort sprechen, möglicherweise. Da gab es ja auch eine Fachwelt, und es gab auch eine andere Fachwelt,

und es gibt noch eine andere Fachmeinung sogenannter kritischer Wissenschaftler. Und ich finde, da müssen wir einfach zulassen, dass wir da unterschiedlicher Auffassung in dem **wie wir es sagen**, sind.

Vorsitzender Michael Müller: Gut, ich will das nicht weiter thematisieren. Ich will nur sagen, dass es innerhalb der Technik in den letzten Jahren Veränderungsprozesse gegeben hat, auf die ich einfach nur hinweise.
Gibt es jetzt weitere Anmerkungen außer den von mir genannten Veränderungen? Also, dass wir 3.8.2 umformulieren, dass wir hinten aufgreifen von Erhard Ott, das mit dem TAB nochmal etwas schlanker formulieren mit dem Hinweis auf das Kapitel zehn. Und was war es noch? Es waren noch so ein paar Kleinigkeiten, aber die greifen wir dann auf.
Darf ich dann fragen, ob es weitere Anmerkungen dazu gibt?
Das ist nicht der Fall.

Ich würde vorschlagen, bevor wir zum Tagesordnungspunkt fünf, der uns ja etwas länger wohl beschäftigen wird, kommen, dass wir noch kurz Tagesordnungspunkt sechs machen.

Tagesordnungspunkt 6 **Beratung von Änderungen der Berichtsteile 2.1.4 und 2.1.5 (Abschnitte aus „Geschichte der Kernenergie“)** **(K-Drs. / AG4-29)**

Vorsitzender Michael Müller: Das geht zurück auf eine Initiative von Herrn Jäger. Der fragte, ob man das nicht auch nochmal etwas verändert formulieren kann, also den Teil 2.1.4, oder konkretisieren kann. Das haben wir gemacht. Herr Fischer und Herr Jäger haben dieser veränderten Fassung jetzt zugestimmt. Ich wollte das nur sagen, weil das ja dazu geführt hat, dass wir keine Mehrheit gefunden hatten bei diesem Punkt - bei der Abstimmung in der Kommission.
Das ist das Papier AG4-29.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Zwischen wem ist der jetzt geeint? Wer hat sich abgestimmt?

Vorsitzender Michael Müller: Nein, wir haben das gemacht und denen zur Kenntnis gegeben und sie haben das akzeptiert.
Wir haben das jetzt etwas mehr beschrieben.

Also 2.1.4 ist in weiten Teilen umfassender oder genauer an den damaligen Untersuchungen beschrieben worden.
Und beim Teil 2.1.5 ist ein Satz rausgestrichen worden bzw. hinten bei Strommengen umformuliert worden.

Gibt es dazu Wortmeldungen?
Das ist nicht der Fall.

Tagesordnungspunkt 5 **Zweite Beratung des Entwurfs des Abschnitts B 4.2.4 „Erkundungsbergwerk Gorleben“** **(K-Drs. / AG4-27_NEU, K-Drs. / AG4-31, K-Drs. / AG4-32)**

Vorsitzender Michael Müller: Gut, dann kommen wir zu dem Punkt 4.2.4, also Tagesordnungspunkt fünf, dem Abschnitt 4.2.4.

Da liegen mir eine Reihe von Grundlagen vor. Ich glaube aber, wir gehen jetzt erstmal von dem Papier AG4-27 und AG4-32 aus.
Das von Herrn Thomauske ist ja weitgehend in AG4-27 eingearbeitet. Er hat das in der Originalversion nochmal zur Kenntnis gegeben.
Wer möchte beginnen?

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Wollen wir jetzt grundsätzlich reden oder wollen wir es durchgehen?

Vorsitzender Michael Müller: Grundsätzlich. Bitte.

Abg. Steffen Kanitz: Vielen Dank. Wir werden ja wahrscheinlich gleich in der Kommission zu

dem Thema auch nochmal reden. Ich habe gesehen, Herr Brunsmeier hat das, glaube ich, beantragt, darüber nochmal zu sprechen. Ich will mal versuchen, für mich, sozusagen, eine kurze Einordnung vorzunehmen.

Also, zum einen unbestritten ist, dass wir uns zum Thema Gorleben äußern müssen und auch sollen.

Wir haben das ja in der Vergangenheit auch immer schon gemacht. Also, ich glaube, wir sollten uns nicht den Vorwurf gefallen lassen, dass wir uns bisher nicht mit Gorleben befasst haben. Das haben wir in der Kommission getan - die Kommission dreht sich um Gorleben. Wir haben häufig darüber gesprochen.

Ich habe mal durch den bisherigen Textentwurf gescrollt. Wir haben 76 Mal das Wort Gorleben - das ist interessant. Und ich habe mir mal die Mühe gemacht, sämtliche Passagen zu Gorleben zusammenzuschreiben, die wir bisher schon im Textentwurf haben, also nicht nur, wo Gorleben vorkommt, sondern wo Gorleben beschrieben wird. Das sind schon zehn DIN A4-Seiten. Also das nur zur Einordnung. Das ist nie, sozusagen, alles im Kontext. Insofern, also einen Text haben wir, ich glaube, wo es um die Geschichte der Kernenergie geht: Herr Wenzel, da haben wir ja, ich glaube in dieser AG Leitbild auch schon mal, so in etwa drei Seiten – da ging es um das KEWA-Thema – da haben wir schon mal länger darüber gesprochen. Aber ansonsten haben wir keinen großen zusammenhängenden Text. Insofern, **im Grundsatz** stelle ich mich gar nicht dagegen, dass es nochmal eine zusammenfassende Darstellung zum Thema Historie gibt. Aber ich will nochmal die Frage stellen oder auch an den Anfang stellen: Wir haben einen Untersuchungsausschuss Gorleben gehabt. Ich habe den Untersuchungsbericht hier mit. Der ist wahrscheinlich allen bekannt. 1000 Seiten – drei Jahre! So. Es hat unterschiedliche Auffassungen über die Historie gegeben. Und wir werden es nicht schaffen - das ist meine Prophezeiung - die Dinge, die beim letzten Mal, die im Untersuchungsausschuss strittig gewesen sind, jetzt in einen Konsens zu überführen in der Kommission. Das wird extrem

schwierig. Den Versuch, glaube ich, können wir auch nicht ernsthaft unternehmen. Deswegen wäre mein Wunsch, dass wir einen Text unabhängig von der Frage, welchen Textentwurf wir jetzt nehmen, aber dass wir einen Text finden, der sich selbstverständlich mit der Historie befasst, der aber einen Schwerpunkt auf die Frage legt: Was lernen wir aus Gorleben? Das ist, sozusagen, finde ich, extrem wichtig, dass man da nochmal... Da müssen wir ja auch alle mitnehmen und sagen: Leute, wir lernen aus Gorleben, gewissen Dinge der Transparenz, der Öffentlichkeitsbeteiligung, der Frage der Zugänglichkeit zu Kriterien, dass wir Kriterien brauchen, die nachvollziehbar, nachprüfbar sind, dass wir eine Einbindung **der** Öffentlichkeit brauchen, nicht nur im Sinne von: Wir informieren Euch mal, sondern wir beteiligen euch aktiv. All diese Dinge, die wir mit der Kommission ja auch schon leben. Das wäre mir wichtig. Und ich glaube, da bekommen wir auch einen Konsens hin.

Und um das an den Anfang zu stellen: Mein Interesse ist es, einen Konsens zu erzielen, ja? Also, das ist ganz wichtig.

In dem Textentwurf, den wir bekommen haben seitens der Geschäftsstelle sind auch einzelne Ansätze drin, die ich nachvollziehen kann. Und die beschreiben insbesondere auch nochmal, sozusagen, den Anspruch. Ich will mal zwei, drei Dinge nennen. Das ist zum einen in dem Entwurf auf Seite eins, also 4.2.4, der fünfte Absatz, in dem nochmal steht:

„Das Standortauswahlgesetz hat die bergmännische Erkundung des Salzstocks Gorleben im Juli 2013 beendet und festgelegt, dass der Salzstock Gorleben wie jeder andere Standort in Deutschland in ein neues Standortauswahlverfahren einbezogen wird.“

Ja, Gorleben wird wie jeder andere Standort auch ins Standortauswahlverfahren einbezogen. Wir haben das in dem Text auch selbst beschrieben.

Punkt zwei auf Seite zwei oben:

„Die Kommission hatte nicht die Aufgabe, eine mögliche Eignung des Salzstocks Gorleben als Endlagerstandort zu analysieren oder zu beurteilen.“

Auch da bin ich einverstanden und explizit einverstanden.

Punkt drei ist der nächste Absatz, in dem steht:

„Vor diesem Hintergrund geht es nicht darum, das Handeln früherer Akteure zu bewerten, sondern darum, aus den Konflikten um den Standort Gorleben zu lernen...“

Ich finde, diese drei Zitate zeigen genau den Anspruch, den wir haben sollten an den Umgang mit dem Thema Gorleben. Was dann in dem Bericht folgt, damit kann ich mich nun überhaupt nicht einverstanden erklären, weil es den Versuch unternimmt - gar nicht böswillig -, sondern der Versuch ist ja da, das verstehe ich auch, Zitate aus der Vergangenheit zu nehmen und damit den historischen Prozess, wie man zum Standort Gorleben gekommen ist, einzuordnen. Aber da beginnt das Problem. Da sind wir unterschiedlicher Auffassung, was die Richtigkeit der Zitate anbelangt. Und da will ich nur ganz kurz auf drei Sachverhalte hinweisen:

Das eine ist das Thema *Gasvorkommen* unter dem Salzstock. Extrem, extrem umstritten! Im Gorleben-Untersuchungsausschuss und auch immer noch. Also, wir haben da auf der Seite neun, ab Zeile 18, den Hinweis, und durch die Kombination der Zitate kann man nur zu dem Eindruck gelangen, dass unter dem Salzstock Gorleben mit einer größeren Gaslagerstätte zu rechnen ist. Und da ist es eben einfach so, dass es andere Untersuchungen gibt, der BGR insbesondere, die das eben widerlegen und sagen: Das ist nicht der Fall. Es geht natürlich um kleine Gaseinschlüsse, das ist völlig richtig. Aber dass es eine große Gaslagerstätte gebe, das ist jedenfalls mal umstritten - das will ich mal so sagen. Herr Wenzel, das

würden Sie wahrscheinlich auch anders sehen als ich. Aber so, das ist für mich ein Punkt.

Der zweite große Punkt, das ist das Thema *Störungszone* unter dem Salzstock Gorleben.

Oh, wir müssen gleich zur namentlichen Abstimmung.

Also, größere Störungszone unter dem Salzstock Gorleben. Da werden auch Zitate, sozusagen, genommen. Das ist auf Seite neun, Zeile elf und fortfolgende. Die suggerieren, dass eine größere Störungszone gäbe, die für die Ungeeignetheit des Standortes spräche. Die Erkundungsergebnisse, die wir bisher haben, sprechen gegen eine größere Störungszone unter dem Salzstock mit einem Versatz von mehr als 50 Metern. Da gibt es unterschiedliche Stellungnahmen zu und ich kann nicht auf der einen Seite die BGR als Kronzeugen heranziehen für 1977, dass einiges falsch gelaufen ist. Also BGR, also so steht es in unserem Text, hat ja 1977 gesagt: Naja, also dass Albrecht sagt, das wäre mit den Geologen abgestimmt, das stimme so nicht. Und kann dann aber hinterher sagen: Ich traue der BGR nicht. Also, wir müssen uns schon mal irgendwann auf einen Standpunkt festlegen.

Und der dritte große Punkt ist die Frage: *Lösungsbringer Hauptanhydrit*. Da sind wir eben auch unterschiedlicher Auffassung. Also, das was hier suggeriert wird, ist das über den Hauptanhydritstrang Lösungen in das Innere des Salzstocks gelangen können. Wir wissen aus Untersuchungen, dass es kleine bis mittlere Lösungsvorkommen gibt im Salzstock, selbstverständlich, diese aber eben aus Salzstockinternen Lösungen kommen und dass Wegsamkeiten nach außen ausgeschlossen sind. Da mögen Sie auch anderer Auffassung sein, aber da hat es jedenfalls keinen Konsens im Untersuchungsausschuss zu geben.

So, ich könnte die Liste jetzt beliebig fortführen: *Deckgebirge, Gorlebener Rinne, Erkundung nach Bergrecht vs. Errichtung der Schächte im Endlagerquerschnitt*. So, was will ich damit sagen? Ich

finde, der Text ist... Also er hat grundsätzlich seine Berechtigung. Er macht am Anfang die richtigen Empfehlungen und sagt: Was ist der Anspruch? Wir wollen aus Gorleben lernen und wir wollen nicht über die Geeignetheit des Standortes Gorleben in der Kommission entscheiden. Aber er kippt dann in der Folge zu einer Wertung, wenn ich diese 14 Seiten lese, dass ich als interessierter Leser nur zu dem Ergebnis kommen kann: Gorleben ist ungeeignet und zwar unabhängig von der Frage, ob ich diese Empfehlung an das Ende stelle oder nicht. Also, der Text steht sozusagen für sich. Wenn ich die Empfehlung weglasse, wird der deswegen nicht besser am Ende. Und daher war mein Ansatz: Ich habe versucht mal - und habe einen eigenen Text eingebracht, der wahrscheinlich auch nicht auf Zustimmung bei allen trifft -, aber ich habe versucht, sozusagen, diese Dinge, die ich persönlich als Wertung empfinde, rauszunehmen. Ich gebe zu, dass er zu kurz ist in der Frage: Was lernen wir aus dem Verfahren? Ich glaube, da müssen wir deutlich mehr machen. Ich bestehe auch nicht darauf, dass mein Text genommen wird. Aber mein Wunsch wäre, dass wir uns dem Konsensgedanken unterordnen, dass wir aus Gorleben lernen, dass wir auch die Historie beschreiben, aber dass wir akzeptieren, dass es, sagen wir mal, unüberbrückbare Differenzen in der Bewertung der Historie gibt, die wir im Untersuchungsausschuss nicht aufgeklärt haben. Die wir auch weder in der AG Leitbild noch in der Endlagerkommission aufarbeiten können.

So, und das ein kurzes Plädoyer. Es tut mir leid, dass es ein bisschen länger geworden ist. Ich hoffe und bitte um Verständnis.

Abg. Sylvia Kottling-Uhl: Ja, ich würde gerne ein paar Sätze jetzt doch sagen, obwohl ich eigentlich ein bisschen warten wollte. (Heiterkeit) Aber da wir ja gleich rüber müssen - ich habe das vergessen, dass wir eine namentliche Abstimmung haben -, würde ich gerne ein bisschen was auch grundsätzlich reingeben.

Wir werden ja auf alle Fälle nachher in der Kommission drüber reden. Und ich fände es sehr gut,

wenn wir **nicht** in einem Riesendissens darüber gehen, sondern wenn wir schon eine Richtung hätten, auf die wir zu wollen. Und ich glaube, manche Dinge hat Herr Kanitz schon gesagt. Also eine Einigkeit herrscht darüber: Wir müssen uns zu Gorleben äußern. Und ich glaube, wir müssen uns auch ausführlich äußern. Das ist wichtig, damit uns auch abgenommen wird, dass wir uns damit befasst haben. Also, wenn wir da so ein kurzes Resümee nur ziehen, dann glaubt uns das niemand. Ich meine, die ganze Kommission hat sich jetzt in der Tat auch nicht ausführlich mit Gorleben befasst, aber wir hier haben das ja schon getan und tun es jetzt auch wieder. Und heute wird es die Kommission dann auch mal tun. Aber der Text muss das hergeben. Und jetzt verstehe ich die Einwände von Herrn Kanitz gegen diese inhaltlichen Beschreibungen der Defizite von Gorleben. Und ich meine, ich erinnere mich gut an den Untersuchungsausschuss. Ich glaube, bin die Einzige, die jetzt hier gerade sitzt, die Mitglied war, das durchlitten hat, kann man geradezu sagen, in den drei Jahren. Und in der Tat ist es natürlich so, dass auch diese ganzen..., dass alle Gutachter, die wir da hatten, alle Zeugen, alle Sachverständigen, die wir da hatten, **nie** zu einem gemeinsamen Ergebnis kamen. Sondern die einen haben gesagt: „Das ist so.“ und die anderen haben gesagt: „Das ist eben anders.“ Und ich kann auch akzeptieren, dass wir das so darstellen müssen. Also, ich würde aber jetzt nicht dafür plädieren, das alles rauszunehmen, sondern ich würde eben die einen benennen und würde die anderen benennen. Und dann wird es zwar noch ein bisschen länger, aber das macht nichts. Eher darf es ein bisschen länger werden, als dass wir das jetzt entscheidend verkürzen.

Unseren Disput haben wir natürlich am Schluss - den eigentlichen Disput, der auch schwer auszuräumen sein wird: Wie gehen wir mit der Schlussfolgerung um? Ich will nochmal sagen: Ich glaube weder, dass es unsere..., dass wir ein Mandat haben, darüber entscheiden zu können, ob jetzt Gorleben drin bleiben soll oder nicht, weil das im Vorfeld entschieden wurde und auf dieser Entscheidung im Vorfeld das Einsetzen

der Kommission beruht. Das heißt, wir haben kein Mandat, unsere eigene Geschäftsgrundlage zu ändern.

Und zum anderen glaube ich, wir würden es in der Kommission auch nicht hinkriegen, ohne dass es uns total zerreißt. Deswegen wäre mir persönlich sehr dran gelegen, wenn wir **ohne** eine Abstimmung darüber in der Kommission auskommen könnten. Weil ich glaube, wir würden da keine guten Ergebnisse zeigen. Also, ein paar wären irgendwie in der Wendland-Community die Helden, die anderen wären die Bösen. Ich weiß nicht, ob uns das insgesamt hilft. Und ich weiß auch nicht, ob man eine Zweidrittelmehrheit jetzt gegen diese Empfehlung, eine saubere, hinkriegen würde. Also, es ist etwas, was unsere ansonsten jetzt wirklich, finde ich, guten und weitgehend geeinten Ergebnisse in eine gewisse Gefahrenlage bringt. Und das fände ich sehr schade.

Deswegen wäre mein Vorschlag, dass wir unter der Veränderung des letzten Kapitels nicht streichen, wie Herr Thomauske vorschlägt - das letzte Kapitel 4.2.4 heißt ja „*Bleibendes Akzeptanzdefizit*“, was ja auch schon wieder eine Wertung ist. Sondern ich würde sagen: „*Akzeptanzdefizit vermeiden*“ und dieses Kapitel mit wenigen Änderungen - habe ich auch nachher gerne Vorschläge dafür -, dahin weiterzuentwickeln, dass die Konsequenz sich nicht auf Gorleben bezieht, sondern auf **alle** Standorte, die wir im Verfahren finden müssen. Also, wenn wir dieses Zitat von Albrecht hier drin lassen, der da sagt: Man kann keine Wiederaufarbeitungsanlage bauen, weil der Haltung der unmittelbar betroffenen Bevölkerung ein besonderes Gewicht zukommt. Das wissen wir, das wird so sein. Überall wird der Haltung der betroffenen Bevölkerung ein besonderes Gewicht zukommen. Und dass diese Aufgabe, dieses besondere Gewicht zu würdigen, von vornherein im Bewusstsein zu haben und darauf hinzuwirken, dass es da eben - wir haben uns mal auf Tolerierung als das Mindeste geeinigt - mindestens eine Tolerierung, besser eine Akzeptanz, gibt. Also so einen Schluss zu formulieren, dann glaube ich, könnten wir damit gut durchkommen.

Bewertungen, auch da in diesem letzten Kapitel, sind ein paar drin. Die müssen einfach raus. Das muss... Es geht einfach nicht - steht ja auch vorne. Wir konterkarieren ja unseren eigenen Ansatz vorne, dass wir keine Bewertung vornehmen wollen. Wenn wir das denn an diesem letzten Punkt tun.

Wir gehen das sicher nachher im Einzelnen durch. Aber bevor wir jetzt rüber gehen, vielleicht doch mein Vorschlag für den Schluss, für den allerletzten Satz. Also, ich würde das Zitat lassen:

„...vom Bau eines Nuklearen Entsorgungszentrums bei Gorleben Abstand nahm (also letzter Absatz), stellte er im Landtag fest (Albrecht), dass der Haltung der unmittelbar betroffenen Bevölkerung ein besonderes Gewicht zukommt.‘ Man könne bei Gorleben keine Wiederaufarbeitungsanlage bauen, solange es nicht gelungen ist, breite Schichten...‘.“

Genau. Und dann diesen letzten Satz. Also, das alles lassen und diesen letzten Satz dann so ändern:

„Nach Auffassung der Kommission gilt heute mehr denn je, dass an den potentiellen Standorten, die im Verfahren identifiziert werden, breite Schichten der Bevölkerung (Wir zitieren das dann nochmal) von der Notwendigkeit und der Sicherheitstechnischen Vertretbarkeit der Anlage überzeugt werden müssen.“

Dann hätten wir das in die Zukunft gewendet und nicht nach hinten - die Bewertung nochmal, die uns wie gesagt, glaube ich, weder zukommt noch gut tut.

Abg. Hiltrud Lotze: Ich tu mich natürlich schwer damit, weil wir genau wissen: Auch wenn dieser Satz wegbleiben würde, der würde trotzdem da stehen. Also, das wissen wir ja alle.

Vorsitzender Michael Müller: Deshalb ist er auch geschrieben.

Abg. Hiltrud Lotze: Ja! Wenn wir darüber nachdenken, das anders zu formulieren, dann könnte man das ja vielleicht mit einem Konjunktiv machen, sozusagen. Es ist dann trotzdem zu vermuten, dass an diesem Ort es politisch nicht durchzusetzen wäre. Das wissen wir alle. Das ist die Realität. Wir kommen da irgendwie nicht drum herum. Und ich finde das deswegen sehr, sehr schwierig, sich da rauszuziehen, indem man einfach da so eine Art Leerstelle lassen würde. Also, das ist eben an diesem Ort anders. Das trifft viele Regionen, die noch nie damit berührt waren, aber hier wird es so nicht sein. Und insofern kommen wir nicht da drum herum.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Doch, wir kommen drum herum. Wir müssen drum herum kommen.

Erhard Ott: So, ich bin sehr dafür, dass wir auch in der Ausführlichkeit, aber auch in der Ausgewogenheit, die Historie um Gorleben in dem Papier der Kommission darstellen. Die Widersprüchlichkeiten müssen da zum Ausdruck kommen, auch die unterschiedlichen Positionen, die da vertreten worden sind, müssen da deutlich werden.

Also, wir können jedenfalls nicht so tun, als ob die Auseinandersetzungen der letzten Jahrzehnte, die mit Fehlern behaftet sind und erheblichen Defiziten, was insbesondere die Offenheit, Transparenz und Beteiligung, Einbeziehung der Bevölkerung angeht, nicht vorhanden wären. Deswegen kann ich die Einwände verstehen. Also, das ist... Es gibt Auseinandersetzungen und unterschiedliche Haltungen, die zum Ausdruck kommen. Aber der entscheidende Punkt ist: Was lernen wir da daraus? Und welche Konsequenzen ziehen wir daraus? Und die Konsequenzen sind schon mal ansatzweise mit dem Standortauswahlgesetz getroffen worden und sie haben zu dieser Kommission, unter anderem, geführt. Und das muss, denke ich, deutlich werden. Was aber - und da würde ich jetzt auch wider-

sprechen - nicht geht, ist dass wir daraus Empfehlungen ableiten. Sondern das ist nachher Aufgabe des eigentlichen Suchprozesses und die Aufgabe der „weißen Landkarte“ als Geschäftsgrundlage für die Arbeit der Kommission. Das würde ich nicht für vertretbar halten, weil das im Grunde genommen die alten Auseinandersetzungen und Gräben, die es gibt und gab, wieder aufbrechen lassen würde. Deswegen sollte die Empfehlung da entsprechend angepasst werden und Anforderungen gestellt werden an den künftigen Endlagersuchprozess. Dann wären wir, glaube ich, auf dem richtigen Weg.

Und was auch den Konsens - und da denke ich jetzt auch an die relativ bald bevorstehende abschließende Beschlussfassung in der Kommission... Und das sollten wir in dem Zusammenhang immer mit im Auge haben.

Da geht es eben nicht um die Frage: Steht man für oder gegen Gorleben als geeigneten Standort? Da habe ich, und haben wir, eine eigene Auffassung dazu. Das spielt aber jetzt in dieser Frage, aus meiner Sicht, bezogen auf den Text, keine Rolle.

Prof. Dr. Armin Grunwald: Ja danke, vieles ist jetzt schon gesagt. Ich kann mich da an das meiste anschließen. Also ich finde erstens wichtig, dass wir einen solchen Text haben, auch nicht in zu großer Kürze. Da muss auch eine gewisse Ausführlichkeit hinein. Und was wir eigentlich gelernt haben bei vielen Technikkonflikten: Es gibt ja praktisch nie Konsens. Und bei einem solchen heißen Thema, wie Gorleben und Geschichtsbewältigung/Geschichtsbewertung, dass es da keinen Konsens gibt, ist völlig klar. Und den wird es wahrscheinlich auch auf Jahrzehnte noch nicht geben, bis mal andere Generationen da sind, die eben nicht mehr so eng involviert waren, wie die jetzigen.

Aber es gibt dann immer die Möglichkeit, den Konsens im Dissens zu erzielen. Und das ist ja, glaube ich, das, was hier mehrfach auch schon so gemeint wurde mit dem, was gesagt worden ist. Das würde ich hier auch empfehlen. Und ich glaube, auf dem Weg dazu ist gar nicht so viel

Textarbeit erforderlich. Es gibt einzig einige Stellen, da hat Herr Kanitz auf einiges hingewiesen. Aber ich glaube, das ist relativ wenig Arbeit, das zu machen.

Was diese Schussfolgerung am Ende betrifft: Nach meinem Verständnis ist das nicht unser Mandat. Also, ich jedenfalls als Wissenschaftler in der Kommission habe mich nie berufen gefühlt - ich habe dazu eine Meinung-, aber ich habe mich nie berufen gefühlt, als Kommissionsmitglied zu der Frage der politischen Durchsetzbarkeit von Gorleben Stellung zu nehmen. Und auch als Vorsitzender der AG 3. Ich meine, wir heißen ja: „AG – Entscheidungskriterien“. Da kommen eine Menge geowissenschaftliche, planungswissenschaftliche Kriterien vor. Da kommt kein Kriterium vor: „politische Durchsetzbarkeit“.

Min Stefan Wenzel: Ja, zum einen glaube ich, sollte jede und jeder einfach mal eckige Klammern dranmachen bei den Formulierungen. Die sind ja teilweise... Aber Herr Kanitz ist ja jetzt noch ein bisschen weiter gegangen, eben in seinen Formulierungen.

Also beim letzten Mal hat der Herr Thomauske hier gesagt, soweit ich mich erinnern kann: Naja, der größte Teil des Textes ist ja unstrittig und an einigen Stellen hätte er geänderte Formulierungsvorschläge. So habe ich das im Kopf. Da kann man ja dann drüber reden. Wenn man weiß, wer hat jetzt, sozusagen, an welcher Stelle ein Problem und kennzeichnet das durch eine eckige Klammer. Oder wer möchte an einer anderen Stelle, so wie Erhard Ott das sagt, beispielsweise noch ein anderes Argument aufgenommen wissen, um zu sagen: Das war damals eine strittige Einschätzung - da gab es diese Einschätzung, da gab es aber auch eine andere. Das wäre ja auch denkbar. Das hatten wir auch, glaube ich, schon mal an einer Stelle, dass in diesem kurzen Text, da stand im Vorspann auch, dass es in dem parlamentarischen Untersuchungsausschuss in dieser Frage an wichtigen Stellen auch keine Einigung gab und dass es unterschiedliche Auffassungen gab, die da gegeneinander standen. Das kann ja durchaus deutlich werden, dass solche Punkte

bis heute sich nicht im Konsens ausräumen ließen. Und dann muss man vielleicht nochmal, auch in einer kleineren Gruppe gucken, wie kann man möglicherweise zu Kompromissformulierungen kommen.

Die Frage, ob man die Überschrift von dem letzten Kapitel etwas anders fasst, das wäre, glaube ich, auch etwas, was vielleicht denkbar wäre, weil hier immer der Eindruck entstanden ist, als wenn hier *Akzeptanz* als Kriterium eingeführt werden sollte. Es ging hier im Grunde in dem letzten Kapitel um eine Frage „Fazit“ - man könnte auch „Fazit“ oder „Konsequenz“ da in die Überschrift schreiben. Und, was aber auch nicht sein kann, ist dass man am Ende sich der Erkenntnis über das, was passiert ist, verweigert. Weil, es muss ja etwas schief gegangen sein, auch, sage ich mal, aus dem Blickwinkel derer, die sagen: Das wäre auch heute noch der richtige Ort. Sonst hätte man ja nicht nach 40 Jahren eine Situation, wie wir die heute haben. Also auch diejenigen, die diesen Ort nach wie vor für einen denkbaren Ort hielten, müssten doch selbstkritisch mit der Frage umgehen: Wie konnte es denn passieren, dass das Ganze nach 40 Jahren in einen solchen gesellschaftlichen Konflikt mündet? Nach meiner Meinung ist ein zentraler Punkt immer gewesen: Gorleben ist eigentlich mal ausgeschieden aus einem Suchverfahren, nämlich aus dem KEWA-Suchverfahren. Da war Gorleben nicht unter den letzten 26 Standorten. Damals sind 150 verschiedene Orte nach den damaligen Kriterien ausgewählt worden. Da hat man damals aber auch in erster Linie den Standort für eine Wiederaufarbeitungsanlage **mit** Endlagermöglichkeit gesucht. Dann sind am Ende 26 über geblieben, zuletzt noch acht und dann noch drei – und Gorleben war weder unter den 26 noch unter den acht noch unter den drei. Und der zentrale gesellschaftspolitische Konflikt, der entstand eben, als die Niedersächsische Landesregierung damals den Auswahlvorschlag nicht akzeptiert hat und über Nacht, sozusagen, einen anderen präsentiert hat und dabei einen Standort benannt hat, der vorher schon mal rausgeflogen ist. So, und das

vor dem Hintergrund der Tatsache, dass die geologische Eignung dieses Ortes ja **nie** geprüft wurde - vorher. Es hat ja in dem Sinne noch nicht mal eine obertägige Erkundung damals gegeben, sondern es hat ja nur, ich sage mal: Da die Vorbereitung einer Kabinettsvorlage gegeben, die dann in diese Entscheidung mündete. Und dass das dann auch massive Fehleinschätzungen zur Folge hatte, das zeigt ja zum Beispiel die Tatsache, dass man die beiden Schächte an eine Stelle gesetzt hat, die hinterher dazu geführt hat, dass man den Anhydrit durchbohren musste. Etwas, was nach der allgemeinen Bergverordnung in Niedersachsen seit 1966 verboten ist. Steht ja ganz eindeutig drin.

Und all sowas hat man damals einfach ignoriert. Und insofern muss sich mit diesen Fragen natürlich heute auch jeder auseinandersetzen, der sagt... der sozusagen anderer Auffassung ist als... oder der das anders einschätzt, als ich das jetzt beschrieben habe.

Vorsitzender Michael Müller: Vielen Dank. Ich will jetzt kurz etwas sagen: Also meine Ausgangssituation ist und bleibt, dass die Kommission den Auftrag hat, einen gesellschaftspolitischen Großkonflikt zu beseitigen. Das ist aus meiner Sicht der Kern. Und im Gesetzesentwurf steht im Paragraph vier, dass wir die bisher getroffenen Entscheidungen und Festlegungen in der Endlagerfrage zu überprüfen hätten.

Und ich kann mir nicht vorstellen, dass man so etwas macht, ohne dass man, sozusagen, die Geschichte aufarbeitet und beschreibt. Ich bin froh, dass heute gesagt wird: Da gibt es keinen Dissens mehr. Das klang in den letzten Tagen anders.

Also darüber, das finde ich gut. Das entspricht übrigens auch den Vereinbarungen des Landes Niedersachsen mit dem Umweltministerium von damals. Man kennt ja auch entsprechende Protokollvermerke. Manchmal kann man die ja vielleicht auch sogar mal wieder rausholen. Und es entspricht auch dem Beschluss des Bundestages mit der Einsetzung. Nur als Vorbemerkung.

Ein zweiter Punkt ist, hier sagen viele: Nach der bisherigen Geschichte ist uns sowieso klar, Gorleben kommt nicht in Frage. Pardon, auch nach den Erfahrungen in der Kommission muss ich sagen: Ich habe da meinen Zweifel, ob das Konsens ist. Wir haben mehrfach erlebt in der Arbeit der Kommission, dass, immer wenn es zu bestimmten Punkten kam, die Offenheit sofort weg war. Das war beim Deckgebirge so, das war bei Begriffen wie Neustart usw. Also insofern, wenn man „weiße Landkarte“ unter dem Gesichtspunkt versteht: Es bedeutet auch eine, sozusagen, Reflexion der Geschichte, dann bin ich nicht sicher, ob das die Grundlage für alle ist. Wenn es die Grundlage für alle wäre, wäre ich ja dafür. Aber ich habe da meine Zweifel.

Insofern, lassen Sie mich das nur sagen, gibt es mehrere Möglichkeiten, die man macht: Entweder man macht innerhalb des Textes bei bestimmten Teilen ein Pro und Contra. Man kann auch sagen, man macht zwei Texte nebeneinander, die man gar nicht abstimmen braucht. Es gibt halt zwei gesellschaftliche Positionen da. Und bei der Bewertung kann man ganz in dem Sinne nochmal eine Arbeitsgruppe, eine kleine Arbeitsgruppe, einsetzen, die da versucht, zu einem gemeinsamen Text zu kommen. Und wenn das auch nicht geht, muss man die auch nebeneinander stellen. Ich habe da keine Probleme mit. Es entspricht der Wirklichkeit. Es entspricht der Wirklichkeit und wir können uns dieser Wirklichkeit, meines Erachtens, auch nicht entziehen.

Also, insofern bin ich froh über die Debatte, die wir hier geführt haben. Sie hat eine ganze Menge für mich geklärt. Aber ich stimme ausdrücklich dem Punkt von Herrn Kanitz zu, dass wenn man den Text liest und den letzten Satz mal weglässt, ändert das nichts an dem Text. Das ist ja genau der Punkt. Der letzte Satz ist nur das Fazit dieses Textes und zwar die logische Konsequenz. Und ich finde schon interessant, dass viele davor Angst haben.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Ach, darum geht's doch nicht, wirklich!

Vorsitzender Michael Müller: Aber gut, ich lass das mal jetzt weg. Man kann den Satz weglassen, aber in der Sache selbst, naja. Für mich war das sozusagen... Ich will ja bloß mal sagen: Eine solche Kommission kann nur funktionieren, wenn wir uns am gemeinsamen Ziel orientieren. Sonst wird die nicht funktionieren. Da kann man auf dem Weg unterschiedliche Auffassungen haben, aber man muss sich an dem gemeinsamen Ziel orientieren.

So, jetzt Erhard Ott, dann Armin Grunwald.

Erhard Ott: Also für mich ist das Thema überhaupt nicht angstbesetzt. Sondern mir geht es darum, dass wir am Ende wirklich einen breiten Konsens erzielen. Und wir können auch nicht so tun, als ob die Widersprüchlichkeiten und unterschiedlichen Haltungen und Einschätzungen nicht vorhanden wären. Das können wir nicht ausblenden. Und insofern wäre ich sehr dafür, dass die unterschiedlichen Haltungen/Positionen in einem Text zum Ausdruck kommen.

Vorsitzender Michael Müller: Von mir aus auch das.

Erhard Ott: Und die Schlussfolgerungen daraus sind aus meiner Sicht, in der Tat, ein Stück weit bereits gezogen. Wir haben ganz am Anfang der Kommissionsarbeit ganz bewusst uns dafür entschieden, dass wir eine Arbeitsgruppe drei „Kriterien“ bilden, die nicht nur technologische und geowissenschaftliche, sondern auch gesellschaftliche Kriterien für die Endlagersuche entwickeln soll. Und das ist aus meiner Sicht ein ganz entscheidender Punkt gewesen. Genau diese Frage, dass es am Ende eben nicht **allein**, zwar sehr schwergewichtig, eine Sicherheitsfrage ist, was die Endlagersuche angeht, aber auch das Thema - und damit haben wir eigentlich, glaube ich, gerade gestern in der Arbeitsgruppe eins einen wichtigen Schritt gemacht, um da an wesentlichen Punkten, was die Beteiligung der Bevölkerung in den Regionen an der Endlagersuche angeht, Vorschläge zu entwickeln. Auch die Zusam-

mensetzung, beispielsweise des Nationalen Begleitgremiums, ist in dem Zusammenhang ja außen durchaus streitig. Und da werden neue Wege bestritten, die letztendlich auch eine Konsenssuche bei der Endlagersuche auf den Weg bringt, also über die Arbeit der Kommission hinaus. Und das finde ich, ist der wichtigste Ansatz eigentlich, den wir jetzt bezogen auf das Gesamtkonzept jetzt weiterverfolgen müssen. Und insofern, wenn das Papier in diese Richtung nochmal überarbeitet wird - die Einwände, Bedenken, die da gekommen sind, gegeneinander gestellt werden und Schlussfolgerungen daraus für die neue Endlagersuche gezogen werden, ohne eine eigene Wertung bezogen auf einen Standort vorzunehmen -, dann sind wir, glaube ich, auf dem richtigen Weg.

Vorsitzender Michael Müller: Herr Grunwald.

Prof. Dr. Armin Grunwald: Da schließe ich mich ganz einfach an und möchte nur das in einem Satz zusammenfassen: Die Konsensverpflichtung oder der Konsensanspruch für die Kommission besteht für mich darin, einen Weg für die Zukunft zu entwickeln, der eben zivil, sicher, nachhaltig usw. einen Umgang mit diesem Thema erlaubt – anders als in der Vergangenheit. Die Konsensverpflichtung erstreckt sich für mich **nicht** auf die Bewertung der Vergangenheit, höchstens darauf, was aus der Vergangenheit zu lernen ist. Das muss aber nicht heißen, dass man in jedem Detail in Bezug auf die Vergangenheit Konsens hat.

Vorsitzender Michael Müller: Jaja, aber das ist ja der Weg hier.

Herr Meister, war das eine Wortmeldung von Ihnen - dieses Wackeln mit dem Finger?

(allgemeine Heiterkeit)

Ralf Meister: Wenn ich etwas sagen darf?

Vorsitzender Michael Müller: Sie dürfen, wir sind hier in einem offenen Gremium.

Ralf Meister: Ich wollte nur den kurzen Hinweis geben: Ich folge allen und den letzten drei Beiträgen, dass es noch eine gewisse Spannung gibt in der Nomenklatur, wenn wir von *Akzeptanz* sprechen. Weil wir bewusst, in den Bereichen in der AG eins, uns weitestgehend von dem Begriff der *Akzeptanz* getrennt haben und, anders als der A-KEnd, ein anderes Verfahren vorgeschlagen haben. Nämlich weg vom Vetorecht und bewusst diese *Akzeptanz* nicht genommen haben. Deswegen glaube ich, müsste man an der Stelle nochmal justieren, damit es innerhalb des Berichtes dann nicht schwierig wird.

Und was aus dieser Diskussion eben, die ich dann doch ja ein bisschen von außen gehört habe, nochmal deutlich wurde: Es gibt in der Sozialraumforschung den Begriff des „Heterotopos“ - das ist der andere Ort, den man mit nichts und gar nichts vergleichen kann. Und beide Seiten tun sich schwer zu akzeptieren: Gorleben bleibt ein Heterotopos. Dem wir in einer fairen Art und Weise gerecht werden, indem wir so beide Positionen hinein schreiben, aber auch uns darin Freiheiten ohne in irgendeiner Weise verrechnen zu wollen - weder politisch noch schon in sachlichen Fragen. Und das fällt so, wenn man eben die Debatte verfolgt, beiden Seiten noch ein bisschen schwer.

Vorsitzender Michael Müller: Herr Brunsmeier ist auch im Raum – will er auch etwas sagen? Er müsste aber vorrücken ans Mikrofon, bitte, wegen der Tonaufzeichnung.

Klaus Brunsmeier: Ich habe mich erstmal artig nach hinten gesetzt, weil ich nicht zu der Ad-hoc-Gruppe hier gehöre. Ich möchte das erstmal sehr begrüßen, was eben gesagt wurde, dass wir das heute zum Thema machen auf der Kommission. Ich denke, das ist nach den Diskussionen, die außerhalb gelaufen sind, einfach erforderlich. Da wäre ich nochmal dankbar für Unterstützung, wenn wir das, sozusagen, bei der Tagesordnung auch auf die Tagesordnung nehmen - auch um nach außen zu dokumentieren, dass uns das ein ernstes Thema ist und dass

wir uns da Zeit für nehmen und dass uns das wichtig ist. Das wäre der erste Punkt.

Der zweite Punkt ist: Ich habe schon in der letzten Sitzung gesagt, dass ich für die Vorlage sehr dankbar bin, weil sie im Grunde genommen eine sehr gute Grundlage bietet, was das Thema *Aufarbeitung der Geschichte* betrifft. Das steht sowohl im Gesetz, sich damit auseinander zu setzen. Das steht auch, sozusagen, in vielen Zusammenhängen, dass wir das als Kommission bringen müssen.

Was schwieriger ist, und das sage ich hier in aller Deutlichkeit, ist das Problem, dass wir - und da seien wir doch mal ehrlich - bei jedem Punkt, beim Deckgebirge, bei der Bürgerbeteiligung, beim Rechtsschutz, immer wenn es konkret wird, schwebt Gorleben irgendwie im Hintergrund. Und es ist eigentlich festzustellen, dass ein zukünftiges Suchverfahren viel zielführender, viel erfolversprechender, viel schneller, wahrscheinlich auch, zu einem guten Ergebnis führen könnte, wenn man auf Gorleben verzichtet. Und deswegen, denke ich mal, sind wir gut beraten, diese Frage an dieser Stelle auch in der Kommission zu diskutieren, weil sie hat natürlich eine Zukunftsdimension. Werden wir uns noch Jahre, Jahrzehnte an dieser Frage abarbeiten mit Wissenschaftlern, die A sagen und Wissenschaftlern, die B sagen? Oder gehen wir tatsächlich in ein **offenes und faires und transparentes Verfahren**, wo wir dann am Ende auch über entsprechende Akzeptanz die Chance sehen, ein solches Lager auch in Deutschland zu finden.

Der BUND hat dazu eine klare Position. Die habe ich auch vorgetragen. Ich denke, das ist auch wichtig, dass das klar ist, dass es in der Bevölkerung viele Menschen gibt, die auch diese Position mit sehen - vor allen Dingen auch in der Bewegung. Und ich denke, die Kommission muss sich zu diesem Thema hier eine Meinung bilden. Ich habe meine Meinung jetzt erstmal eingebracht. Ich denke, darüber ist zu diskutieren. Da werden wir auch gleich in der großen Runde darüber diskutieren und dann müssen wir schauen, was in dieser Kommission möglich ist und was nicht

möglich ist. Für den Prozess, der auf uns zukommt und für den wir die Grundlagen legen, für den wir die Kriterien entwickeln, für den wir die Öffentlichkeitsbeteiligung entwickeln, den Rechtsschutz, für die Rahmenbedingungen Vorschläge machen, was dann ins gesetzliche Verfahren geht, wäre es eine wahnsinnige Entlastung, wenn wir sozusagen, ja, auch als Kommission sagen würden: In Reflexion der Geschichte, wie wir gelernt haben aus dem Thema *Gorleben*, sollten wir auf diesen Standort in Zukunft verzichten und damit ein gutes, offenes, transparentes, neues - einen Neustart in diesem Verfahren beginnen.

Soweit von mir. Insofern, denke ich, freue ich mich auf eine spannende Diskussion gleich in der Kommission.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Ja, also ich bin da in einem wirklich auch Dilemma des Bewertens, weil einerseits sehe ich das so wie Klaus Brunsmeier - deswegen war ich am Anfang auch dafür, als es um die Verhandlung ging, *Gorleben* rauszunehmen. Aber das ist eben der Standpunkt, den ich nach drei Jahren Untersuchungsausschuss *Gorleben* logischerweise auch hatte, sehr stark aus **die-ser Sicht**. Was macht, einerseits, so ein neues Verfahren mit den Menschen dort - nochmal Wiederbelastung? Und auf der anderen Seite: Was macht der Standort *Gorleben* mit dem Verfahren?

Die andere Sicht der Dinge ist die: Wenn du dich nach Schleswig-Holstein stellst, wo zukünftige Standorte sind, nach Bayern oder Baden-Württemberg, und da ist die Frage nach einem fairen und gerechten Verfahren eben eine ganz andere. Und es ist auch nicht gesagt, dass es am Ende schneller gegangen wäre, wenn du *Gorleben* ausschließt, weil es gut sein kann, dass die dann den Klageweg auch beschreiten. Wenn du diesen Standort eben nicht wissenschaftlich ausgeschlossen hast. Also das ist eine Einschätzung, die wir wahrscheinlich auch nie entscheiden können, weil wir nur den einen oder anderen Weg gehen können und dann nicht wissen, ob

der andere besser gewesen wäre. Aber ich finde, dass es sich nicht so einfach entscheiden lässt.

Vorsitzender Michael Müller: Gut, es gibt natürlich auch so Kriterien wie *faire Lastenverteilung* und was alles. Ich will jetzt gar nicht - ich nehme euch beide noch dran -, aber ich will jetzt gar nicht so tief da rein gehen, sondern einfach nur sagen: Ich teile die Grundposition von Herrn Grunwald, dass, sozusagen, die Aufarbeitung oder die Beschreibung der Konflikte in der Vergangenheit in einer Weise erfolgen wird, dass, sozusagen, die weitere Arbeit dadurch nicht blockiert wird.

Aber umgekehrt: Ich glaube, dass die weitere Arbeit nicht möglich wird, wenn man nicht die Probleme der Vergangenheit aufschreibt. Das ist immer meine Position gewesen. Jaja, die ist ja hier zum Teil umstritten gewesen, deshalb will ich sie schon nochmal deutlich sagen.

Also, wenn ich manche Briefe lese, so „torpedieren“ und ähnliches - besonders von Leuten, von denen ich noch vor ein paar Jahren gelesen habe, wie sie geschrieben haben: „*Gorleben* ist verbrannt und daher endgültig“ -, dann würde ich sagen, diese Flexibilität habe ich leider nicht - oder Gott sei Dank nicht. Nur um das mal so zu sagen. Aber ich will das jetzt nicht vertiefen, ich will nur einfach sagen: Ich glaube, dass wir hier einen Weg gefunden haben. Wir schreiben, sozusagen, den Text auf und untereinander müssen wir so arbeiten, dass dann also, wenn unterschiedliche Positionen da waren, die sich ja auch beispielsweise schon an den Stellungnahmen von Herrn Kleemann schon klar auszeigen, dass wir dann die beiden Positionen aufschreiben. Und dass wir dann gucken, wie wir das dann mit dem Fazit und der Bewertung machen. Also richtig ist, dass natürlich es einen Untersuchungsausschuss gegeben hat. Aber richtig ist natürlich auch, dass der Untersuchungsausschuss nicht die Kommission ist. Schon deshalb nicht, weil die Kommission ganz anders besetzt ist und weil natürlich auch hier die Politik ja durch eigenen Be-

schluss schon gesagt hat, dass sie sich bei Entscheidungen dann auch sogar ziemlich zurücknehmen will. Wie auch immer...

Also wir müssen jetzt ein Verfahren finden, wie wir das organisatorisch machen - darauf kommt es jetzt an. So, jetzt nehme ich erstmal die drei noch. Hiltrud, du warst, glaube ich, die erste, dann Erhard Ott, dann Stefan Wenzel, dann Herr Grunwald und dann Herr Kanitz.

Abg. Hiltrud Lotze: Zwei Dinge wollte ich nur nochmal anmerken. Weil es ebenso anklang, wenn man sich jetzt in die Situation der anderen Bundesländer versetzt, es hört sich so an, als wenn Gorleben raus wäre, wäre Niedersachsen raus. Das ist ja so nicht.

Vorsitzender Michael Müller: Ne, ne.

Abg. Hiltrud Lotze: Das wollte ich nur nochmal ...

Vorsitzender Michael Müller: Muss nicht, muss nicht... So würde ich das formulieren.

Abg. Hiltrud Lotze: Wenn das, sozusagen, der Automatismus wäre, den man denken könnte, dann muss man es, glaube ich, nochmal deutlich sagen. Und was Herr Brunsmeier gesagt hat, das ist ganz klar: Die Freiheit, sozusagen, des Denkens im Rest der Republik, die ist einfach nicht gegeben, wenn weiterhin Gorleben mit-schwimmt, sozusagen. Und das merken wir ja hier auch. Und ich war auch zu Anfang davon überzeugt, dass man es mitnehmen muss, um wirklich, also sozusagen, dem Ansatz gerecht zu werden. Aber ich bin im Laufe der Zeit zu einer anderen Erkenntnis gekommen. Ich teile das, was Herr Brunsmeier gesagt hat in der Argumentation.

Vorsitzender Michael Müller: Herr Ott.

Erhard Ott: Ich habe mich nochmal zu Wort gemeldet, weil ich eigentlich nur ganz kurz nochmal darüber sprechen möchte, wie wir jetzt in

der Kommission damit umgehen. Also, dass wir die Diskussionen da jetzt führen, das würde ich unterstützen. Und wir sollten aber... Ich würde das jetzt, nach unserer Diskussion jetzt eben, für fatal halten, wenn wir jetzt anfangen im Detail das Papier zu diskutieren.

Vorsitzender Michael Müller: Nein, das tun wir nicht. Wir reden über das Verfahren.

Erhard Ott: Genau. Also... Denn ich glaube nach dem Konsens oder die Linien, die jetzt aufgezeigt worden sind, wie wir weiter mit dem Papier umgehen und auch mit einem Fazit, glaube ich, sind wir da auf einem vernünftigen Weg. Und insofern, glaube ich, könnte das kontraproduktiv sein, wenn wir jetzt bereits das Papier im Einzelnen in der Kommission diskutieren.

Vorsitzender Michael Müller: Stefan Wenzel.

Min Stefan Wenzel: Ich wollte nur mal darauf hinweisen, dass es natürlich einen Zusammenhang gibt auch mit den Fragen, die wir bei den Kriterien diskutieren. Ich erlebe in der Debatte hier einerseits, sage ich mal, ja die Äußerung: „Ja, die *weiße Landkarte* ist der Grundkonsens.“ Und auf der anderen Seite wird jedes Kriterium, was an dem Standort kratzen könnte, oder sogar möglicherweise nur in die Diskussion bringt, sage ich mal, in Frage gestellt. Und damit wird praktisch jedes technische Kriterium plötzlich zu einem politischen Kriterium. Weil, wenn der Versuch gemacht wird, jedes technische Kriterium, was Gorleben in irgendeiner Weise gefährden könnte, abzulehnen, dann haben wir eine Geschäftsgrundlage, die nicht meine ist. Wir haben in der Vergangenheit auch Standards gehabt, wie zum Beispiel die 83er Standards, nachdem Konrad genehmigt wurde, die jetzt nicht einfach plötzlich in Frage gestellt werden können an dieser Stelle. Man muss dann sich auch mit diesen Fragen beschäftigen, wie man dort damals, zum Beispiel, zu der Auffassung gelangt ist, dass bestimmte Vorgaben erforderlich sind. Das macht es so schwierig. Das macht es auch so komplex. Und das müssen wir uns, sage ich mal, bei dieser

Frage klarmachen, dass wir in den nächsten Wochen an der Stelle noch eine entscheidende Herausforderung haben, um am Ende auch einen Kompromiss bei den Kriterien und den Anforderungen zu finden. Weil, es kann nicht sein, dass praktisch über diese Vorgabe „weiße Landkarte“ hier praktisch jedes Kriterium als politisch diskreditiert würde, was einen Ort, der mit all diesen historischen Fragen, sage ich mal, bekanntermaßen belastet ist, von vornherein freistellt - in der Hoffnung, dass er sich vielleicht in zehn, 15 oder 20 Jahren mal wieder wie „Kai aus der Kiste“ als möglicher Lagerort herausstellt. Das wäre aus meiner Sicht kein akzeptables Vorgehen.

Und das würde auch dazu führen, dass dieser ganze weitere Prozess, oder dass dieser gesellschaftliche Großkonflikt, den wir hier, den Herr Müller gerade nochmal angesprochen hat, nicht gelöst wird.

Vorsitzender Michael Müller: Herr Grunwald.

Prof. Dr. Armin Grunwald: Mir fehlt als Wissenschaftler, glaube ich, oft auch die politische Sensibilität. Wenn ich Ihnen so lausche, dann denke ich: Boah, da wäre ich ja nie drauf gekommen, auf manche Assoziationen, die Sie haben. Da lerne ich ganz viel, vielen Dank.

Ich möchte nur einen kurzen Punkt machen: Nach meinem naiven Verständnis als Wissenschaftler haben wir aus dem, was hier an Geschichte aufgearbeitet ist und auch an anderer Stelle aufgearbeitet worden ist, schon unendlich viele Schlussfolgerungen gezogen. Weil wir zum Beispiel über ein *selbsthinterfragendes System* sprechen, weil wir über *Transparenz* sprechen, *Öffentlichkeitsbeteiligung*, *Prozessmonitoring* und all diese Geschichten, die ja das Wesen der Kommissionsarbeit der letzten zwei Jahre ausmachen. Das sind ja alles schon Schlussfolgerungen aus Erfahrungen, wo doch der Konsens da ist: Das ist nicht gut gelaufen. Das bitte ich nicht zu vergessen, also Schlussfolgerungen beziehen sich für mich eigentlich am wenigsten darauf, ob jetzt

Gorleben politisch durchsetzbar ist oder nicht. Dazu kann ich als Wissenschaftler gar nichts sagen. An ganz vielen anderen Stellen haben wir ganz weitreichende Schlussfolgerungen schon gezogen. Und der wesentliche Teil unseres Berichtes, unseres Vorschlages an den Bundestag, wird von diesem Lernen geprägt sein. Auch wenn es nicht in jedem Kapitel fünf Mal drinsteht.

Vorsitzender Michael Müller: Herr Grunwald, das ist ganz einfach. Der umfassend gebildete Wissenschaftler ist leider ebenso auf dem Rückzug wie der wissenschaftsorientierte Politiker. Aber das können wir ja ändern, auch mit unserer Kommission. (Heiterkeit)
So, Herr Kanitz.

Abg. Steffen Kanitz: Ja, vielen Dank, vielen Dank Herr Grunwald insbesondere.

Ich glaube, dass in der Tat - Herr Müller, da haben Sie Recht -, da können wir gegenseitig viel voneinander lernen; auch dafür eignet sich ja die Kommission. Aber auch danke, dass Sie das nochmal dargestellt haben. In der Tat, also die Frage „Was lernen wir aus Gorleben?“, da sollten wir uns auch - das ist mein Punkt - nicht kleiner machen als wir sind. Das atmet diese Kommission. Selbstverständlich. Und ich will nochmal sagen, weil das gerade so durchklang, wir hätten schon Konsens im Verfahren. Haben wir nicht! Also, das muss man einfach nochmal feststellen. Wir haben noch keinen Konsens im Verfahren. Solange die Frage nicht beantwortet wird, ob ein neues Suchverfahren mit oder ohne Gorleben startet, brauchen wir über die Frage der Bewertung der Historie nicht zu diskutieren. Verstehen Sie? Gorleben und die Frage, dass Gorleben in das Verfahren kommt, war Grundkonsens 2013. Und sie ist es für meine Fraktion, sie ist es vor allen Dingen für die Bundesländer - Pegel, Scharf, Untersteller, alle gemeinsam in Pressemitteilungen kommuniziert - ist sie es immer noch. Es glaubt doch niemand im Ernst, dass die Bundesländer sich einer neuen Endlagersuche öffnen, wenn auch nur ein Standort, nicht Niedersach-

sen, aber nur ein potentieller Standort ausgeschlossen würde. Und zwar nicht auf Basis des Verfahrens. Da haben wir in der Tat eine unterschiedliche Auffassung. Da haben wir in der Tat eine unterschiedliche Auffassung, weil ich denke: Wenn die Kritiker von Gorleben Recht haben, dann müssen sie doch keine Angst haben, dass sich Gorleben einem Verfahren stellt. Und, Herr Wenzel, wenn Sie über die Kriterien sprechen, also ich sage Ihnen mal eines: wir haben uns, was die Frage der Kriterien anbelangt, auch ein Stück weit an internationalen Maßstäben zu orientieren. Das Deckgebirgskriterium spielt weltweit überhaupt gar keine Rolle. Wir sind in der Kommission mittlerweile soweit, dass wir es als mögliches Abwägungskriterium akzeptieren. Aber zu sagen, es gebe sozusagen auf Grund der Kriteriendiskussion eine Präjudizierung für Gorleben – sachlich völlig falsch, und inhaltlich. Das lehne ich auch ab. Und daher ist es wichtig, dass wir in dieser Runde und auch in der Kommission die Grundsatzfrage klären: mit oder ohne Gorleben? Die ist für mich klar beantwortet und es ist für mich auch – es wurde mir vorgeworfen, ich sage das auch hier nochmal – eine rote Linie. Selbstverständlich. Den Neustart der Endlagersuche wird es nicht geben, weder mit der CDU noch mit den Bundesländern, wenn Gorleben nicht im Verfahren bleibt - um das sehr, sehr klar zu kommunizieren. So, und daher ist mein Wunsch, ich habe das gerade eingangs sehr vorsichtig formuliert und sehr, sozusagen, anbietend, zu sagen: Ich akzeptiere, dass wir eine Bewertung der Historie brauchen, die aber sozusagen ohne - und da hat Herr Müller ja völlig Recht -, die ohne, auch wenn die Schlussfolgerung wegbleibt, den Hinweis aufkommt, was eine Einseitigkeit aus unserer Sicht darstellt, was Gorleben im Prinzip als ungeeignet darstellt. Sondern, dass wir die Historie beschreiben, kurz und knapp, oder von mir aus auch länger. Ich will nur sagen, ich glaube, je länger es wird, desto schwieriger wird es, einen Konsens zu erzielen in der Frage der historischen Bewertung. Und wir aber insbesondere die guten Dinge, Herr Grunwald hat das sozusagen exemplarisch angerissen, die wir aus Gorleben lernen für das zukünftige Verfahren,

wenn wir uns damit nochmal ernsthaft auseinandersetzen und das auch reinschreiben.

Und weil, Herr Müller, Sie haben das gerade so ein bisschen gesagt, so nach dem Motto: Politik hat kein Mitspracherecht - ja, also erstens nehme ich es mir hier, um einem möglichen Konflikt in der Zukunft aus dem Weg zu gehen. Also, wir können das hier beschließen in der Kommission. Ob Sie eine Mehrheit dafür finden, das weiß ich nicht, dass Gorleben ausgeschossen wird oder nicht. Ich prophezeie, es gibt dann keinen Neustart. Und das ist das, was ich vermeiden möchte. Da in dieser Frage haben wir in der Tat noch keinen Konsens. Und deswegen wäre mein Wunsch oder mein Appell: Darüber müssen wir in der Tat nochmal irgendwie sprechen. Also da gibt es, Herr Brunsmeier - ist ja auch in Ordnung -, da gibt es einfach eine unterschiedliche Auffassung. Ob ein Neustart mit oder ohne beginnt, aus meiner Sicht war das der Grundkonsens. Und wenn wir in der Frage, ob das der Grundkonsens war, keinen Konsens haben, dann haben wir ein echtes Problem. Das sollten wir aber auch dann so benennen und dann hier versuchen zu lösen.

Vorsitzender Michael Müller: Nochmal, Herr Brunsmeier.

Ich will nur sagen: Es gibt natürlich auch eine mangelnde Klarheit, welche Bedeutung der Konflikt Gorleben hat. Also, ich höre von einigen Mitgliedern der Kommission die Interpretation, dass die sagen: Der Konflikt war die Auseinandersetzung um die Atomenergie. Jetzt werden die Kraftwerke abgeschaltet, dann kann dadurch der Rest des Problems gelöst werden in dem Sinne, dass dann Gorleben eigentlich kein Problem mehr sei. Das halte ich für falsch, weil Gorleben eben per se ein Problem war. Und nicht nur ein abgeleitetes.

Also ich will das nur nochmal sagen. Und schon aus dem Grund halte ich die Aufarbeitung der Geschichte für notwendig und für geboten.

Also, ich würde vorschlagen, dass wir in der Kommission nachher darstellen, dass wir hier

eine, ja intensive Diskussion haben, dass wir daran ein paar Schlussfolgerungen gezogen haben, die wir gemeinsam tragen. Und dass wir jetzt uns dran setzen innerhalb der Arbeitsgruppe, dies umzusetzen.

Klaus Brunsmeier.

Klaus Brunsmeier: Ich würde jetzt gerne nochmal auf Herrn Kanitz reagieren wollen, weil ich glaube, dass das sehr unglücklich wäre, wenn Sie mit der Position in die Kommission reingehen. Nach dem Motto: Ich mache nur eine ergebnisoffene, schonungslose Aufarbeitung der Vergangenheit, wenn vorher sichergestellt ist, dass Gorleben im Verfahren...

Abg. Steffen Kanitz: So habe ich das nicht gesagt.

Klaus Brunsmeier: Ja, aber so ist es bei mir angekommen. Entschuldigung. Da würde ich nochmal drum werben wollen, diese Position so in der Kommission nicht darzustellen, sondern ich fand eben, dass in der Runde hier - Herr Grunwald, Herr Ott und andere – glaube ich, jetzt zunächst mal sich mit dafür ausgesprochen haben, diese Aufarbeitung gemeinschaftlich versuchen, in einen konsensfähigen Text zu bringen. Da gab es viel Zustimmung zu dem, was schon da ist. Da gab es einzelne Punkte, die different gesehen wurden, die man vielleicht auch differenziert darstellen müsste. Ich würde aber nochmal sehr dafür werben, heute in der Kommission, sozusagen, die Konsequenz da draus nicht davor zu stellen, sondern die Konsequenz da draus dann - möglicherweise als Kompromiss -, dann zu ziehen, wenn die Aufarbeitung fertig ist. Aber nicht umgedreht. Das fände ich ganz wichtig und deswegen habe ich mich jetzt nochmal gemeldet. Da wäre ich Ihnen auch sehr dankbar, wenn Sie diesen Weg mitgehen könnten. Weil wenn Sie, sozusagen, in die Kommission reingehen und sagen: Also zunächst mal müssen wir festlegen, dass Gorleben im Verfahren bleibt, dann hat sich die Aufarbeitung, glaube ich, würde die sich wenig lohnen. Und ich würde sehr dafür plädieren, das

genau andersrum zu machen. Deswegen da nochmal der Hinweis.

Abg. Steffen Kanitz: Also, ich bin ein Freund der offenen Worte, Herr Brunsmeier, um das sehr klar zu formulieren. Und ich glaube, wir sind auch an einem Punkt, an dem die offenen Worte dringend notwendig sind, von allen Seiten. Wenn Herr Müller sagt, er erwarte, dass Gorleben ausgeschlossen wird, dann gestehe ich ihm seine Haltung zu und auch Ihre. Aber dann kann ich trotzdem sagen, dass ich eine völlig andere Auffassung habe. Und ich habe es in diesem Kreis so drastisch gesagt, weil mir das gerade zu sehr „Konsens-Soße“ war, um das mal flapsig zu formulieren. Nach dem Motto: Jaja, wir haben den Kanitz gehört, aber wir machen es hinterher doch so. Also nochmal: Verstehen Sie, das Problem, welchen Text wir erarbeiten, das hängt auch von der Frage ab, was denn das Ziel ist. Und ich kann einen Text, so wie das auf den 14 Seiten geschrieben ist, natürlich so formulieren, dass der Leser zu dem Ergebnis kommt: Gorleben ist ungeeignet. Wo wir Konsens haben, ist, dass wir das aber eigentlich nicht tun sollen. Es geht nicht um die Frage der Bewertung der Geeignetheit von Gorleben. Das steht ja auch am Beginn des Textes. Es geht um die Frage: Historie beschreiben: Ja – neutral mit Blick auf die Untersuchungsergebnisse des Untersuchungsausschusses Gorleben. Da kann man sagen, wir sind nicht der Untersuchungsausschuss - das ist richtig. Aber es zeigt, dass selbst viele Fachleute in drei Jahren mit ganz, ganz vielen Zeugen zu unterschiedlichen Auffassungen gekommen sind. Deswegen war der Hinweis, wir werden in dieser Frage, sozusagen, der Bewertung der Historie von Gorleben keinen Konsens in der Kommission finden. Sondern mein Wunsch wäre, und da bin ich wieder bei Ihnen, und da finde ich, sollten wir auch einen Schwerpunkt drauf legen, so wie Herr Grunwald das gesagt hat, zu überlegen: Was sind die Folgen aus Gorleben und wie lernen wir?

Aber mein Punkt, deswegen habe ich das hier so deutlich formuliert: Wenn wir in dieser AG Leitbild, das werde ich gleich so nicht sagen, aber

wenn wir in der AG Leitbild oder in einer anderen Arbeitsgruppe – vielleicht macht das auch Sinn, das in eine andere Arbeitsgruppe zu geben; vielleicht sind wir hier auch ein bisschen, sozusagen, nach dem Motto „Müller und Kanitz oder andere“ - wir haben da sehr unterschiedliche, konträre Auffassungen. Ich habe damit gar kein Problem. Ich muss da nicht an der Spitze der Bewegung stehen. Aber mein Punkt ist: Mir ist wichtig, klar darzustellen, dass die Kommission gewisse Rahmenbedingungen hat und auch einhalten muss. Für mich, die können für andere anders sein, aber darauf hinzuweisen, wo meine Schmerzgrenze liegt, das habe ich hiermit getan. Auch in diesem Kreis. Das ist mir wichtig. Und ich meine nochmal, die Kritik, die ja unterschiedlicherseits kommt, ist, dass wir uns jedenfalls schwerpunktmäßig mit dem Thema Gorleben bisher zu wenig befasst haben. Dann müssen wir doch aber jetzt offen und ehrlich sprechen. Und das ist einfach mein... Ich finde, das müssen wir tun. Und deswegen... Ich kann Ihren Appell verstehen, das ist OK. Das ist nicht der Punkt, dass ich mich, sozusagen, einer historischen Aufarbeitung verweigere, solange es, sozusagen, keinen Konsens auf das Thema Gorleben gibt. Aber für mich ist es eher andersrum: Es gab einen Konsens über Gorleben und der wird gerade in Frage gestellt. Verstehen Sie? So in der Kommission. Und da muss ich sagen... Aber da sind wir vielleicht unterschiedlicher Meinung, aber so sind wir reingegangen 2013.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Ich muss in dem letzten Punkt Herrn Kanitz leider recht geben: Es gab darüber einen Konsens und ohne den hätte es das Gesetz nicht gegeben.

Wir reden von zwei verschiedenen Dingen, die wir dauernd durcheinander schmeißen. Und das wird es uns extrem schwer machen, da zu konsensualen Ergebnissen zu kommen. Die eine Geschichte ist, wir müssen uns mit Gorleben befassen und wir müssen diese Geschichte, ja insofern auch tatsächlich bewerten, weil wir ja daraus lernen wollen. Wobei, ich sage mal, die eine große Lehre ist ja schon, dass es das Gesetz gibt, dass es die Kommission gibt, dass es ein neues Verfahren

gibt. Das ist ja die Lehre aus Gorleben. Also ohne... Wenn das nicht so schief gegangen wäre in Gorleben, wenn das ein Prozess gewesen wäre, wo alle am Ende gesagt hätten: Ist doch super, da machen wir weiter – ja, dann hätten wir keinen Neustart gebraucht.

Und das war ja auch eigentlich das gute Ergebnis aus dem Untersuchungsausschuss Gorleben bei aller Gegensätzlichkeit in der abschließenden Bewertung. Dass aber allgemein dann schon der Eindruck hängen blieb: Das nimmt kein gutes Ende, wir müssen da nochmal anders anfangen, wenn wir in Frieden mit der Gesellschaft ein Endlager finden wollen.

Die Frage, ob Gorleben geeignet ist oder nicht geeignet, die ist jetzt erstmal von gestern. Die ist von morgen wieder, aber erstmal ist sie von gestern, weil weder die Kommission über Standorte entscheidet noch auch das Verfahren selber über Geeignetheit oder Ungeeignetheit während des Verfahrens entscheidet. Das ist ja das Neue an diesem Verfahren, dass wir nicht mehr Kriterien festlegen und dann sagen: Ah, der ist jetzt geeignet und den untersuchen wir jetzt mal gründlich. Sondern dass wir **vergleichen**. Und im Vergleich geht es nicht um geeignet und nicht geeignet, sondern es geht um besser oder schlechter. Das ist der ganz gravierende Unterschied.

Deswegen ist diese ganze geologische Aufarbeitung...bedarf keiner Bewertung von uns. Und deswegen kann sie auch nicht, Herr Kanitz, automatisch dazu führen, zu sagen: Aha, Gorleben ist ungeeignet. Wenn wir noch so viele Defizite aufzählen von Gorleben - geologische, die wir schon wissen -, muss trotzdem sich erweisen, dass andere Standorte besser sind. Das ist der Kern des Verfahrens.

Und deswegen brauchen wir...können wir das so beschreiben, was die einen sagen, was die anderen drüber sagen; es ist irrelevant für unsere Entscheidung oder für unsere Empfehlung, ist das irrelevant.

Und die andere Frage ist eben die: Geben wir eine Empfehlung darüber ab, ob Gorleben im Verfahren bleiben soll oder nicht? Und ich finde, das

sind zwei verschiedene Dinge. Worüber wir wirklich reden müssen...also wie gesagt, geologische Defizite usw. alles aufzählen, aber das Entscheidende ist ja: Was ist da ansonsten alles passiert noch? Wie verkehrt lief dieser Prozess? Wie intransparent lief der Prozess? Das sind doch die Dinge, warum wir jetzt sagen, wir brauchen eine Partizipation, wir brauchen eine Transparenz, wir brauchen ein lernendes Verfahren, in das aufkommende Kritiken eingebaut werden. All das sind doch die Lehren aus Gorleben - das ist doch das Entscheidende. Und das alles müssen wir ziehen. Und die Frage, die eben mit dieser Schlussgeschichte aufgemacht wird: Empfehlen wir jetzt - und die auch einige hier ja befürworten -, empfehlen wir jetzt, Gorleben auf Grund der Geschichte rauszunehmen? Das ist meiner Meinung nach einfach eine Frage, die wir **nicht** zu beantworten haben. Und da spielt es keine Rolle, Hiltrud Lotze, was wir alles wissen. Es spielt keine Rolle! Wir haben darüber keine Empfehlung abzugeben. Also, jeder von uns hat natürlich seine Meinung - ich habe meine auch -, aber wir haben als Kommission nicht den Auftrag, darüber eine Empfehlung abzugeben. Und wir kommen in ganz schweres Wasser, wenn wir versuchen, darüber öffentlich zu entscheiden, ob wir jetzt Gorleben für geeignet halten oder für so ungeeignet, dass es aus dem Verfahren raus muss.

Erhard Ott: Also, ich fühlte mich jetzt so etwas provoziert durch den leisen Einwurf von Herrn Brunsmeier, da nochmal etwas dazu zu sagen. Es ist jetzt mehrfach darauf hingewiesen worden, dass es einen breiten politischen Konsens bezogen auf das Standortauswahlgesetz bezogen auf alle Bedingungen gab. Da hat Herr Brunsmeier eingeworfen: Nicht mit uns!

Klaus Brunsmeier: Einen gesellschaftlichen Konsens gab es da aber nicht.

Erhard Ott: Aber für mich sind die Umweltverbände, wie auch andere Akteure, in dem Zusammenhang ganz wichtige Akteure. Und ich finde

das wirklich toll, dass BUND und die Umweltstiftung hier aktiv mitarbeiten und sich einbringen. Aber letztendlich zu akzeptieren, dass es demokratisch legitimierte Institutionen, wie Bundestag und Bundesrat, gibt, die einen Kompromiss und einen politischen Konsens erzielen, mit der Konsequenz, dass wir als Kommission hier einen Auftrag haben auf der Grundlage eines Gesetzes, einen Vorschlag für die Endlagersuche auf den Weg zu bringen, ist erstmal für mich Ausgangspunkt und Grundlage für die ganze Arbeit, die wir über die zwei Jahre hier leisten.

Und trotzdem werden draußen auch politische Auseinandersetzungen, auch kontrovers, weitergeführt werden. Und die Frage ist doch, inwieweit wir mit dem Abschlussbericht, den wir im Juni beschließen sollen, einen Weg beschreiben, sowohl unter dem Gesichtspunkt der Kriterien – also geowissenschaftliche, technologische Sicherheitsfragen ebenso wie gesellschaftliche – und ein Verfahren auf den Weg bringen hinsichtlich der Partizipation der Bevölkerung, das dann darauf orientiert ist, tatsächlich einen Konsens auf den Weg zu bringen und zu ermöglichen. Und da sind dann wieder alle gefordert - alle Institutionen und Organisationen -, sich einzubringen in diesen Prozess. Das wird die spannende Aufgabe sein und daran zu arbeiten, denke ich, ist wirklich der „Schweiß der Edlen wert“.

Min Stefan Wenzel: Herr Kanitz, wenn es ein tatsächlich faires Verfahren gäbe zu Sicherheitsanforderungen, Kriterien, wirtsgesteinspezifischen Kriterien nach Stand von Wissenschaft und Technik, würde ich mir um Gorleben überhaupt keine Sorgen machen – Gorleben wäre eher heute als morgen weg!

So, was mich verwundert und was mich beunruhigt, ist, dass wir jetzt in der Kommission wieder sehr lange diskutiert haben und dass bei jedem Kriterium, was den Anschein erweckt, an diesem Standort zu kratzen, größter Widerstand sich auf tut. Und deswegen nehme ich auch sehr aufmerksam einige Bemerkungen wahr, die sagen: Gorleben muss bis zum Ende dabei bleiben. Das war **nie** verabredet.

Wir haben auch gesagt, das steht, glaube ich, auch sogar im Gesetz: Gorleben ist **nicht Referenzstandort**. Da kann es auch nicht sein, dass jetzt Gorleben beweisen muss, dass es, sozusagen, schlechtere gibt oder bessere gibt. Das wäre nämlich dann schon wieder eine Sonderstellung an dieser Stelle.

Und wir haben zum Beispiel auch, das waren die Schweizer, die uns das gesagt haben, die gesagt haben: Wenn Ihr vertrauensbildende Prozesse wollt, dann macht erst die Regeln und dann sucht. Dann hatten wir den langen Streit um die Legalplanung, weil wir uns als Niedersachsen gefragt haben: Wie stimmt eigentlich ein Bundestag ab? Von den 630 Bundestagsabgeordneten ist nicht jeder so tief drin, wie jetzt die Kollegen, die hier in der Kommission sitzen. Viele werden einfach sagen: OK, mir ist das nicht so geheuer, wenn das in der Nähe meines Wahlkreises ist. Das ist ganz verständlich, total menschlich. Das kann aber dazu führen, dass man am Ende sagt: OK, ich gucke, dass ich einen Standort aussuche oder mich dafür entscheide, der möglichst weit von meinem Wahlkreis weg ist. Da haben wir gesagt: Naja, dann kommen wir bei so einer Abstimmung ja als Niedersachsen **immer** ins „kurze Gras“. Weil dann wird sich immer eine relative Mehrheit finden, die sagt: Relativ gesehen ist Gorleben von unserem Wohnort oder Wahlkreis weiter weg als jeder andere. Deswegen haben wir gesagt, wir können die Legalplanung nur akzeptieren, wenn es zu einem frühen Zeitpunkt einen Rechtsschutzmechanismus gibt. Darüber ist der Paragraph 17 entstanden: Nach der Auswahl der obertägig zu erkundenden Standorte soll, sozusagen, objektiv einmal durch eine dritte Instanz - ein Gericht -, die Möglichkeit bestehen, dass man prüft, ob die Standards tatsächlich angemessen und entsprechend der gesetzlichen Vorgaben angewendet wurden. Wenn das erst auf einen Prozess am Ende in 30 Jahren verschoben wird, wird keiner von uns am Tisch hier jemals das noch, sage ich mal, in seiner aktiven Arbeitszeit erleben - im Ruhestand schon.

Abg. Steffen Kanitz: Na!

Min Stefan Wenzel: Herrn Kanitz ausgenommen.

(Allgemeine ausgelassene Heiterkeit)

So, auch das war für uns wichtig. Dann haben wir gesagt: Frühe Bürgerbeteiligung, kein Ausschluss aus Mangel an Daten. Und dann haben wir noch uns natürlich in der AG 3 auch vehement gegen Versuche gewehrt, Granit per se auszuschließen. Da sind wir ja mittlerweile im Konsens, dass das in den alten Endlagerkriterien so war, dass Granit raus gewesen wäre. Wenn ich gesagt hätte, Salz soll raus, hätten alle gesagt: Der Wenzel spinn“. Aber da wurde energisch versucht, Granit wieder außen vor zu halten. Ich hoffe, dass das Thema hinter uns liegt.

Also insofern, es hängt so ein bisschen davon ab, wie wir jetzt eine Lösung für die noch in der Luft befindlichen Bälle finden. Das sind noch mehr als dieser eine, den wir jetzt hier heute haben. Wenn das gelingt, dann glaube ich, finden wir auch eine Lösung. Wir müssen uns alle vielleicht an der einen oder anderen Stelle nochmal fragen, wie? Es wird auch nicht einfach.

Vorsitzender Michael Müller: Herr Meister.

Ralf Meister: Eben. Nur eine kleine Empfehlung für die Debatte jetzt in der Kommission, ein bisschen entgegen dem Vorschlag von Herrn Brunsmeier: Ich würde dafür plädieren, dass Sie massiv in den Konflikt gehen. Wir schulden das den Menschen draußen, dass wir an dieser Stelle klar sind. Klar in der Auseinandersetzung. Und das hat - ich hoffe, im zweiten Schritt - dann einen Vorteil für die Glaubwürdigkeit dieser Kommission. Nicht erst damit reinzukommen: Wir kriegen das schon irgendwie hin. Nein! Im Moment sieht das nicht so aus, als würden wir das hinkriegen.

Aber wenn die Debatte am Ende zeigt heute, dass wir Chancen sehen, wie wir auftragsgemäß, gründend auf einem gewachsenen Vertrauen, ein bisschen anders als Du, Stefan Wenzel - ich glaube, diese Misstrauenshermeneutik nach 24 Monaten in der Kommission hilft da nicht -,

mit dem gewachsenen Vertrauen eine Formel finden, in der wir zugleich deutlich machen, dass wir den Menschen draußen, und ich sage das als Niedersachsen, auch den Menschen in Gorleben, eine Menge schuldig bleiben. Weil wir Gorleben vermutlich nicht rauskriegen.

Dann kann ich damit leben. Aber ich will klar, dass deutlich wird - auch im Parlamentsfernsehen -, dass das eine existentielle Debatte ist seit 24 Monaten, die wir noch einmal richtig auch zeigen müssen. Und da bleibst Du Deinen BUNDFreunden, den 60.000, eine Menge schuldig. Ich bleibe an anderen Punkten 24 Millionen evangelischen Kirchenmitgliedern, oder wie wir das gerne hochrechnen wollen, auch etwas schuldig – natürlich. Ich bleibe als Bischoff den Menschen in Gorleben eine Menge schuldig - aber natürlich. Ich glaube, diese Ehrlichkeit der Debatte brauchen wir. Und da hilft es dann nicht, zum Schluss nochmal zu sagen: „Ja, aber ganz schrecklich.“, sondern wir fangen an mit „Ja, aber ganz schrecklich“. Wir müssen das Thema richtig nochmal hart in die Auseinandersetzung bringen und dann schauen, ob wir es schaffen, mit dem gewachsenen Vertrauen auch eine Formel zu finden, mit der wir dann, ich sage mal, die letzten acht Wochen noch leben können, um einen Kommissionsbericht hinzukriegen. Denn ansonsten können wir heute Mittag, ich glaube mal, den Aktenordner zuschlagen und sagen: Das gibt es nicht.

Denn erstens kriegen wir keine Mehrheit bei uns in der Kommission und zweitens, wenn wir die nicht kriegen oder wir die nur knapp kriegen, ist das ganze politisch eh tot. Das ist doch jedem einsichtig. Politisch können wir das Ganze dann im Sommer alle in die Tonne drücken.

Vorsitzender Michael Müller: Gut, schönen Dank. Ich will nur sagen, es ist der DNR - also der Dachverband der Umweltverbände -, der dahinter steht, hinter dieser Position. Und der hat immerhin 7,2 Millionen Mitglieder. Also so klein ist der auch nicht. (Heiterkeit) Nur zur Anmerkung.

Aber das war jetzt nicht mein Punkt. Mein Punkt ist, ich stimme voll der Grundposition zu: Wir brauchen die Debatte und sie schadet uns auch nicht. Deshalb würde ich bitten, alle bitten, dass wir die um den Inhalt führen und nicht um formale Fragen. Im Augenblick wird mir ein bisschen zu viel über formale Fragen debattiert und zu wenig über den Inhalt. Nicht hier in der Gruppe, aber in der Öffentlichkeit.

So, ich würde vorschlagen, dass wir das dann in dem Sinne in der Kommission erstmal vortragen und dann weiterarbeiten müssen. OK? Und zwar hier in dieser Gruppe.

Tagesordnungspunkt 7 Verschiedenes, Terminplanung

(Terminplanung zwischen mehreren Mitgliedern.
Einigung auf 9:00 Uhr am 23. Mai 2016.)

(Ende der Sitzung: 10:53 Uhr)

Der Vorsitzende

Michael Müller